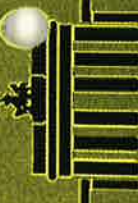


Wir Berlinerinnen

März 2009

Nr. 104

Sonntag, 14. März 2009
MESSE IM UCW
vielseitig - verbindend - vielversprechend
SIGMARINGER STR. 1 · 11-18 Uhr

Berlin e.V.

**30 Jahre
LandesFrauenRat**

Liebe Ladies,

es ist die K-Frage, die mich umtreibt. Nein, ich meine weder die Kanzlerin noch das Klima, nicht Krisen oder Katastrophen und auch nicht Kirchen oder Kölner Katakomben. Das Keyword lautet „Karriere“. Passend zum Internationalen Frauentag hat das Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB) gerade festgestellt, dass Karriere weiterhin Männersache ist. Und warum? Es liegt wie schon vor 30 Jahren, sagt das WZB, zumeist an Vorurteilen der Arbeitgeber, insbesondere in der Privatwirtschaft. Dort hätten bei Bewerbungen heute selbst Ingenieurinnen und Naturwissenschaftlerinnen schlechtere Chancen als gleichqualifizierte Männer. „Frauen gelten als nicht so produktiv, weniger belastbar und weniger karriereorientiert“, so WZB-Studienleiterin Alessandra Rusconi. „Erschreckend“ nennt sie die Karriereunterschiede bei Frauen und Männern zwischen 30 und 49 Jahren. Männer seien viermal so häufig erwerbstätig wie hochqualifizierte Frauen. Männer mit kleinen Kindern arbeiteten dabei sogar häufiger in der Privatwirtschaft als kinderlose Kollegen.

Wer mir angesichts dieser schockierenden – wenn auch nicht wirklich überraschenden – Erkenntnisse mit der wohlfeilen Bemerkung kommen sollte, dass gar nicht alle Frauen Karriere machen wollten, muss mit einem Gewaltausbruch meinerseits rechnen. Versprochen.

Und weil es so prima passt: Unser neuer Hoffnungsträger an der Spitze des Bundeswirtschaftsministeriums hat nicht nur einen Rettungsfonds für notleidende Unternehmen kreiert, sondern diesem auch gleich einen honorigen Lenkungsrat verpasst. Neun Mitglieder wird das Gremium stark sein. Acht sind bereits berufen. Sie möchten raten, wie diese aussehen? Richtig, Sie haben 100 Punkte gewonnen und so viele Waschmaschinen, wie Sie nach Hause tragen können. Es ist ein geschlossener Herrenclub. Das noch fehlende neunte Mitglied dieses Männerbiotops wird der Staatssekretär sein. Wetten?! Bitte schreien Sie, Ladies, sofern Sie noch Luft haben!

Herzlichst Ihre



Berliner Frauenpreis 2009

♦ Seit 1987 wird der Berliner Frauenpreis verliehen – und welche Geburtswehen hat er erlebt! Daran erinnerten sich Cornelia Schmalz-Jacobsen als damals zuständige Senatorin und „ihre“ Frauenbeauftragte Carola von Braun lebhaft am Rande der Verleihung des Frauenpreises am 6. März im Roten Rathaus. Diesmal hatte „Geburtsheiferin“ Schmalz-Jacobsen die Rolle der Laudatorin für Sybille Rothkegel übernommen. Sie fächerte mit spürbarer Empathie den Werdegang der neuen Preisträgerin auf. Die Eltern erklärte Nazigegner, der dominante Vater Martin Hirsch, SPD-MdB in Bonn, später Richter des Bundesverfassungsgerichts, der von Tochter Sybille eigentlich erwartete, dass sie die juristische Laufbahn einschlagen würde. Diese jedoch hatte anderes im Sinn. Als Schülerin gerade noch ausgezeichnet mit einem Preis des damaligen Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz, verließ sie zwei Jahre vor dem Abitur die Schule, um nach Paris zu gehen und Buchhändlerin zu werden. Sieben Jahre in Kairo als Hausfrau und Mutter folgten. Dann jedoch führte ihr Weg zum Studium an die FU Berlin, das sie 1989 als Diplom-Psychologin abschloss. Hier hat sie das Behandlungszentrum für Folteropfer mit aufgebaut und dabei erreicht, dass sich der Blick der Helfer und der Öffentlichkeit auch auf Frauen richtete, anfangs keine Selbstverständlichkeit. Sybille Rothkegel hat Opfer des Balkankrieges betreut, hat mit Kindersoldaten in Sierra Leone gearbeitet und in Berlin mit Opfern rechtsextremer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Gewalt. Sie ist Gründerin der Initiative „Recht, Würde, Helfen“. Dass die neue Trägerin des Berliner Frauenpreises trotz des vielen Leides, das sie gesehen hat, so lebensfroh geblieben ist, liegt, wie sie bei ihrer Danksagung einräumte, an ihren Kindern und Enkelkindern, ihrem Lebenspartner und vielen guten Freundinnen und Freunden – und diese waren in beeindruckender Zahl zur Preisverleihung gekommen.

Juliane von Friesen

Inhalt

Thema	
30 Jahre LFR Berlin	Seite 8 bis 11
Spezial	
Internationaler Frauentag 2009	Seite 12 bis 15
LFR Aktuell	
Jahreshauptversammlung 2009	Seite 3
Infos aus dem Familienbeirat	Seite 6
Aktion „Frauen gehen wählen!“	Seite 6
Symposium „Frauen in Führungspositionen“	Seite 7
Berlin	
Soziales Lernen in der Schule	Seite 16
Frauenbündnis für Gesine Schwan	Seite 17
Silberjubiläum der Gleichstellungsstelle	Seite 18
Tagung „Beziehungsweisen“	Seite 19
Projekt JUMP in MINT	Seite 19
Frauenpolitik national	
Position: künstliche Befruchtung	Seite 20
30 Jahre CEDAW	Seite 21
Schwangerschaft: qualifizierte Beratung	Seite 22
Charta der Vielfalt: 500 Mitglieder	Seite 22
Erster Familienreport	Seite 23
Förderung von Existenzgründerinnen	Seite 24
Frauenpolitik international	
Todesraten bei Schwangerschaft	Seite 25
UNIFEM-Preis 2009	Seite 25
Verbände auf einen Blick	
Ärztinnen: Hinweise auf Medikamenten	Seite 26
DOSB: Frauen im Sport	Seite 26
Zonta Club: Benefizkonzert	Seite 27
25 Jahre Al-Dar	Seite 27
Rubriken	
Impressum	Seite 2
LFR unterwegs	Seite 4/5
Tipps	Seite 6 und 17

Impressum

Herausgeber:

LandesFrauenRat Berlin e.V.

Sigmaringer Straße 1, 10713 Berlin

Telefon: 030/785 70 10, Fax: 030/86 00 88 40, E-Mail: lfr-berlin@t-online.de

www.landesfrauenrat-berlin.de, www.lfr-berlin.de

Redaktion: Juliane Freifrau von Friesen (ViSdP), Mechthild Rawert, Sabine Röhrbein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin und nicht unbedingt die Meinung des LandesFrauenRates wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LandesFrauenRates Berlin e.V. von Dritten veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.

Erscheinungsdatum: 10.03.2008

Jahreshauptversammlung 2009

Start ins Jubiläumsjahr mit Neuaufnahmen

♦ Bei seiner Jahreshauptversammlung Mitte Januar hat der LFR Berlin drei neue Mitgliedsorganisationen aufgenommen: die DAB Regionalgruppe Berlin-Brandenburg, den Al-Dar e.V. und den Soroptimist International Club Berlin-Mitte. Die Versammlung war gleichzeitig Auftakt für das Jubiläumsjahr 2009 unter dem Motto „30 Jahre LFR – Frauen bewegen Berlin“. Zufall oder nicht – am Veranstaltungstag, dem 19. Januar, war genau vor 90 Jahren ein großer Tag für die Frauen in Deutschland: Am 19. Januar 1919 durften sie zum ersten Mal wählen und sich wählen lassen.

Berliner Frauengeschichte

In der Tradition der Frauenvereine von einst wolle der LFR Berlin im Superwahljahr dafür werben, dass die Berlinerinnen von ihrem Wahlrecht – aktiv wie passiv – Gebrauch machen, kündigte die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen bei der Jahreshauptversammlung eine gemeinsame Aktion mit anderen Landesfrauenräten an. Im Vor-

feld der Bundestagswahl steht im Sommer ein Wahlforum auf dem Programm, bei dem sich Wählerinnen über frauen- und gleichstellungspolitische Ansätze der im Bundestag vertretenen Parteien informieren können. Im geschichtsträchtigen Jahr 2009, in dem das Grundgesetz und damit auch der Gleichberechtigungssatz 60 Jahre alt werden, soll ein Fokus auf der Frauengeschichte liegen. Dazu werden ab dem Frühjahr zum Beispiel Stadtrundgänge angeboten, bei denen Aktivistinnen der Frauenbewegung und auch die LFR-Geschichte selbst im Mittelpunkt stehen. Ein Ausflug zum Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel ist im April geplant. Höhepunkt des LFR-Jubiläumsjahres ist jedoch der Festakt am 16. November im Berliner (Roten) Rathaus.

Am 9. Juli 1979 gründeten Aktive der Arbeitsgemeinschaft Berliner Frauenverbände im Rathaus Schöneberg mit einem einstimmigen Beschluss den LandesFrauenRat Berlin. Die Dele-

gierten der Gründungsversammlung kamen damals aus 18 Verbänden, seit dem 19. Januar 2009 zählt der LFR aktuell 46 Mitgliedsorganisationen. Die neu aufgenommene DAB Regionalgruppe Berlin-Brandenburg will unter anderem Akademikerinnen befähigen, ihr Fachwissen wirkungsvoll zu nutzen, und lebenslanges Lernen fördern. Der Verein Al-Dar ist vor 25 Jahren aus einem Selbsthilfeprojekt für arabische Frauen entstanden und hat seitdem eine vielfältige Projektpalette zur Beratung und Betreuung von Familien arabischer Herkunft entwickelt. „Soroptimist International“ ist die weltweit größte Service-Vereinigung berufstätiger Frauen mit rund 100.000 Mitgliedern in über 3.000 Clubs in 113 Ländern. Vor 15 Jahren haben Frauen aus dem West- und dem Ostteil der Stadt den SI-Club Berlin-Mitte als ersten Club nach der deutschen Wiedervereinigung gegründet.

sbr

Das sind die Neuen im LFR Berlin

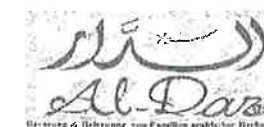
DAB RG Berlin-Brandenburg



Die Regionalgruppe des Deutschen Akademikerinnenbundes bietet regelmäßig Vor-

träge immer um 17.30 Uhr an jedem dritten Dienstag im Monat an. Veranstaltungsort: Finnland-Institut, Georgenstraße 24, Berlin-Mitte, danach Jour Fixe.

Al-Dar e.V.



Al-Dar ist ein gemeinnütziger, eingetragener Verein.

Al-Dar existiert seit 1984. Sein Name bedeutet „das Haus“ im Sinne von „Zuhause“. Die arabischen Frauen betrachten es als Ort der Begegnung und Bildung, wo eine breite Palette verschiedener Kurse, Aktivitäten und Jugendhilfemaßnahmen stattfinden.

Die Arbeitsphilosophie von Al-Dar findet in folgenden Motti ihren Ausdruck:

♦ Die Religion gehört Gott – die Heimat gehört allen.

♦ Die Grenzen unserer Toleranz werden nur erreicht von Intoleranz.

♦ Die Mutter ist eine Schule. Ist sie ausreichend gefördert worden, entsteht ein großartiges Volk.

SI-Club Berlin-Mitte



Soroptimist International ist eine der größten Service-Vereinigungen berufstätiger Frauen weltweit. Wir setzen

uns auf der Basis von internationaler Verständigung und Freundschaft für die Verbesserung der Stellung der Frau, hohe ethische Werte, Menschenrechte für alle und Gleichheit, Entwicklung und Frieden ein. Der Club Berlin-Mitte besteht seit 1994. Wir haben in den letzten Jahren u.a. Förderunterricht im Mädchenprojekt RABIA finanziert. Zurzeit unterstützen wir Hand-in-Hand-Patenschaft e.V. Daneben diskutieren wir einmal im Monat im Rahmen aktueller Vorträge und pflegen internationale Freundschaften mit unseren link-Clubs Amsterdam-Amstelveen und Imperia.

Von Jahr zu Jahr: Neujahrsempfänge

Bürgerstiftung - IHK und HwK - SPD-Fraktion Berlin - HBB

♦ „Lebenskunst ist schwer – theoretisch wie praktisch.“ Mit dieser Erkenntnis leitete **Wilhelm Schmid** seine Worte zum neuen Jahr in der Villa Grisebach ein. In den Kulturtempel in der Fasanenstraße hatte die Bürgerstiftung Berlin am 7. Januar geladen. Die Gäste, unter ihnen „Tagespiegel“-Kolumnist **George Turner** und seine Frau, KPM-Chef **Jörg Woltmann** sowie SFB-Urgestein **Joaachim Braun**, lauschten dem Kurzvortrag des Professors und selbsternannten „philosophischen Seelsorgers“ mit steigender Aufmerksamkeit und wachsendem Vergnügen. So erfuhren sie, dass bürgerschaftliches Engagement, das heute in aller Munde ist, früher schlicht Nächstenliebe genannt wurde. Da zuckten nicht nur die Mundwinkel der früheren Bundestagsvizepräsidentin **Antje Vollmer** und des Berliner Kulturstaatssekretärs **André Schmitz**. Dieser hatte zuvor schon mit Unternehmerin und Mäzenin **Ruth Cornelsen** die 2009 anstehenden Großprojekte diskutiert. „Große Städte brauchen große Werke“, waren seine Worte, die scheinbar auf einhellige Zustimmung stießen, so auch beim Gastgeber des Abends, Grisebach-Chef und Kulturdozent **Bernd Schultz**. Dieser hatte zuvor schon der Bürgerstiftung zum anstehenden zehnjährigen Gründungstag im September 2009 gratuliert. Gefeierte werden soll wegen des Jubiläumsandrangs in diesem Jahr jedoch erst 2010. Das verriet **Bernhard S. Elias**, Deutsche Wohnen AG, der sich ehrenamtlich im Vorstand der Bürgerstiftung engagiert. Dann wird auch die neue Vorsitzende dabei sein, **Heike Maria von Joest**, die unter ihrem Geburtsnamen Kunstmann bis 2008 Hauptgeschäftsführerin von Gesamtmetall war.

Eigentlich war es wie immer: Spätestens seit Handwerks- und Industrie- und Handelskammer die Vertreter von Politik und Wirtschaft zum Jahresauftakt ins Ludwig Erhard Haus einladen – 2009 zum fünften Mal – kommen alle, bis auf einen: den Regierenden Bürgermeister. **Klaus Wowereit** glänzte auch am 9. Januar

durch Abwesenheit, was wiederum **Eric Schweitzer** – wie schon in den Vorjahren – veranlasste, dem Stadt überhaupt etwas spitz alles Gute zum neuen Jahr ausrichten zu lassen. Die Glückwünsche dürften Klaus Wowereit nach der Rückkehr aus dem Urlaub erreicht haben, denn seine Bitte hatte der IHK-Präsident an immerhin 1.700 Gäste gerichtet. Unter diesen befanden sich gut gelaunt und Wasser trinkend unter anderem der Bürgermeister und Wirtschaftssenator **Harald Wolf** und etliche seiner Senatskollegen. Finanzsenator **Thilo Sarrazin** etwa übte sich ebenso wie zuvor schon HwK-Präsident **Stephan Schwarz** in der Verdrängung dunkler Wirtschaftswolken und empfahl zudem (anderen), einfach 2009 ein bisschen mehr Geld auszugeben. Das taten denn einige tatsächlich, indem sie die ausgestellten Bilder der „Schleischen 27“ für jeweils 500 Euro erwarben oder dem Förderverein Berliner Schloss e.V. beitraten. Daneben gab es wie in den Vorjahren jede Menge Möglichkeiten zu Gesprächen aller Art, an denen sich unter anderem **Reiner Hunold** (Air Berlin), **Ulrich Misgeld** (Semperlux), **Hans Jörg Simon** (Berliner Wasserbetriebe), **Jörg Woltmann** (KPM) und **Gabriele Thöne** (Zoo Berlin) beteiligten. Zum Renner im Laufe des Abends entwickelten sich die Bärchen, die das Berliner Bürgerbräu freigiebig verteilte. Sie durften die Besucher nach Hause nehmen, wohingegen der BMW 730d, den BMW-Chef **Hans-Reiner Schroeder** als Blickfang im LEH-Eingang platziert hatte, weder verschenkt noch verlost wurde – sehr zum Bedauern der meisten.

Nein, das war sicher kein einfacher Besuch für **Jan Eder**, dem Hauptgeschäftsführer der IHK. Am Vorabend hatte sein Chef, IHK-Präsident **Eric Schweitzer**, das Fehlen des Regierenden Bürgermeisters beim Neujahrsempfang der Kammern gerügt, was den Genossinnen und Genossen so gar nicht gefallen hatte. Unternehmensberaterin **Sybille Uken**, selbst langjähriges SPD-Mitglied, ärgerte

sich auch Stunden später noch, dass die Wirtschaftsvertreter Klaus Wowereit seinen Urlaub so missgönnten und bemerkte leicht schadenfroh, nun müsste Jan Eder eben zum Canossa-Gang antreten. Das hinderte diesen am 10. Januar aber nicht, mit dem Gastgeber des Neujahrsempfangs, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, **Michael Müller**, einen intensiven Meinungsaustausch zu betreiben. Überhaupt waren an diesem späten Vormittag im „Manzini“ in der Reinhardtstraße längere Gespräche angesagt. Das lag wohl nicht zuletzt am „drohenden“ Bundestagswahlkampf – schließlich wird im September gewählt. So waren auch die SPD-Volksvertreter zahlreich vertreten, unter ihnen **Klaus-Uwe Benneter**, **Petra Merkel**, **Mechthild Rawert** und **Wolfgang Thierse**. Ganz entspannt wirkte, da inzwischen ohne Mandat, **Ditmar Staffelt**, als wohlbestallter EADS-Repräsentant. Ihn sah man sowohl zusammen mit Multi-Präsident **Werner Gegenbauer** als auch mit Volksbank-Chef **Holger Hatje** und Stadtentwicklungssenatorin **Ingeborg Junge-Reier**. Zahlreich vertreten war auch das RBB-Direktorium mit **Hagen Brandstätter**, **Claudia Nothelle** und **Navid Goudarzi**. So entspannt wie auf diesem Neujahrsempfang werden sie sich unter Politikern in diesem Superwahljahr wohl nicht mehr bewegen können. **Juliane von Friesen** freute sich, im Gedränge das langjährige LFR-Vorstandsmitglied **Barbara Faccani** zu treffen, und wünschte ihr persönlich alles Gute für 2009.

Effektive Arbeitsteilung in eventintensiven Zeiten, das praktizieren **Cornelia** und **Volker Weihe** in Perfektion: Während die Charity-Lady am 14. Januar zu „Meet me in Mitte“ in die französische Botschaft am Pariser Platz zu Kaffee und Kuchen geeilt war, besuchte der Ex-KaDeWe-Chef den Neujahrsempfang des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg (HBB) im Roten Rathaus. Dort gab es mit Wirsingkrautwickeln, Buletten und

weiter auf Seite 5

Jahresveranstaltung zum Berliner Landesgleichstellungsgesetz

♦ 50 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten der BSR, BVG, Beha und anderer Berliner Betriebe, für deren Besetzung der Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen ein Vorschlagsrecht hat – dieses Ziel nannte Harald Wolf für 2009. Nicht ohne Stolz wies er bei der Jahresveranstaltung zum Berliner Landesgleichstellungsgesetz (LGG) am 22. Januar darauf hin, dass dieses Ziel mutmaßlich mit der Neubesetzung des BVG-Aufsichtsrats bereits in Kürze erreicht sei. Die LFR-Vorsitzende **Juliane von Friesen** lobte Senator und Senat dafür, konnte aber nicht umhin, eine solche Quote auch für die Vorstände einzufordern, die ungeachtet einer Vorstandsvorsitzenden bei der BSR von einer auch nur annähernd

ausgewogenen Besetzung mit Frauen und Männern weit entfernt seien. Zusammen mit der Präsidentin der Europäischen Frauenlobby (EWL), **Brigitte Triems**, diskutierte die LFR-Vorsitzende persönliche Strategien und Erfahrungen in Gremien, insbesondere auch im Rundfunkrat des RBB. Dies interessierte die zu der Tagung geladenen Frauenvertreterinnen in den Einrichtungen des Landes Berlin, die bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie die frauenpolitischen Sprecherinnen der Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus nicht zuletzt wegen der im Februar ausstehenden Neuwahlen der Vorsitzenden dieses Gremiums besonders. Für große Aufmerksamkeit sorgte auch der Vortrag von **Claudia von Gé-**

lieu. Die Politikwissenschaftlerin schlug unter der Überschrift „Vom Politikverbot ins Kanzleramt“ den Bogen vom Kampf um das Frauenwahlrecht bis zur ersten Kanzlerin Deutschlands. Einig war frau sich, dass der Einsatz, ja Kampf um reale Gleichstellung auch weiterhin dringend geboten ist.

Zum vierten Mal in Folge bilanzierten Fachleute aus Verwaltung, Hochschule, Wirtschaft und Politik die Maßnahmen und Programme der Frauenförder- und Gleichstellungspolitik für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst anlässlich des Jahrestages des Inkrafttretens des LGG vor 18 Jahren. Seither hat sich die Situation der weiblichen Landesbediensteten kontinuierlich verbessert. JvF

Berlinale Abschluss 2009

♦ Gibt es ein Menschenrecht auf wärmere Kleidung? Um es mit **Radio Eriwan** zu sagen: Im Prinzip ja, aber nicht, wenn man Star auf der Berlinale und weiblichen Geschlechts ist. Da heißt es: Pardon wird nicht gegeben! Während männliche Stars wie **Leonardo Di Caprio**, **Keanu Reeves**, **Ralph Fiennes** oder **Mario Adorf** zumindest ihre kälteempfindlichsten Körperpartien mit schneien Designeranzügen, gelegentlich auch mit Mänteln und Schals schützen, und der von **Steve Martin** begleitete **Pink Panther** gar in garantiert kälteresistentem Plüschkostüm vor dem Berlinale Palast Hof hielt, schienen ihre Partnerinnen den Februar in Berlin mit dem Frühling in Cannes oder Venedig verwechselt zu haben. Bei ortsüblich winterlichen Temperaturen und scharfem Ostwind sah man sie auf dem roten Teppich auf Stilettos strumpflo und natürlich schulterfrei und ärmellos. Klar, es gab jede Menge glitzernden Behang an **Demi Moore** oder **Catherine Deneuve** zu sehen, aber Brillanten an den Ohren, wie großflächig bei **Kate Winslet** zu bewundern, wärmen bekanntlich kein bißchen, auch wenn sie „a girl's

best friends“ sind. Selbst zur Bärenverleihung am „Tag der Liebe“ fand sich niemand, der für die erneut bibbernden weiblichen Stars wie Jury-Präsidentin **Tilda Swinton** und die Hauptdarstellerin des Abschlussfilms **Julia Köhler** auf die Barrikaden gegangen wäre. Der Tierschutz fühlte sich offenbar nicht zuständig. Dabei ging es doch am letzten Berlinale-Tag um Bären. Diese allerdings fellfreien Bronzetiere mit unterschiedlichen Überzügen in Gold und Silber erhielten am 14. Februar die kältegeprüfte Regisseurin **Claudia Llosa** für ihren Film „La tete asustada“ und **Birgit Minichmayr** als beste Darstellerin. Die Preisträgerinnen wirkten keineswegs schockgefroren, da spätestens bei der Abschlussparty ohnehin alle wieder auftauten. Bei **Dieter Kosslick** war das nicht nötig. Der Berlinale-Chef war während des gesamten Festivals eingemummelt in Hut, Schal und Mantel, darunter mal im Smoking, mal im roten Kapuzenpulli. Eine Berlinale-Chefin kann es wohl witterungs- und kleidungsbedingt nie geben. Spätestens zur Festivalhalbezeit läge sie mit Lungenentzündung zu Bett.

Juliane von Friesen

Neujahrsempfänge

weiter von Seite 4

Kassler die deftigere Kost. Die schien den Anwesenden gut zu munden. Die eher pessimistischen Prognosen in der Rede von Wirtschaftssenator **Harald Wolf** hatten den circa 300 Gästen den Appetit ganz offensichtlich nicht verdorben. So mancher Mittelständler verstand den Mangel an Optimismus in der Politik aber überhaupt nicht. Die Auftragsbücher seien doch gut gefüllt, war recht häufig zu hören. Stadtentwicklungssenatorin **Ingeborg Junge-Reier** jedenfalls lauschte derartigen Botschaften mit Freude. Zuvor hatte sie HBB-Präsidentin **Karin Genrich** nicht nur fröhlich begrüßt, sondern auch der Nichtberlinerin mit einigen Gästenamen unter anderem dem der LFR-Vorsitzenden locker auf die Sprünge geholfen.

Fröhlich begrüßt wurde Volker Weihe nach dem Empfang mit Sicherheit zu Hause: Ehefrau **Cornelia** hatte nämlich, wie Unternehmerin **Regina Seidel** als Besucherin beider Empfänge berichtete, das im Kuchen der Ehefrau des französischen Botschafters versteckte Krönchen gefunden und natürlich als Trophäe mit nach Hause gebracht.

Tipps + Tipps + Tipps

Abend zu Christa Reinig

Der Vortrag „Das Gelbe vom Himmel“ am 26. März zu Ehren von Christa Reinig beginnt um 19.30 Uhr im Spinnboden Lesbenarchiv, Anklamer Straße 38, 10115 Berlin. „Christa Reinig, radikale lesbische Feministin, die im September letzten Jahr mit 82 Jahren verstarb, ist eine der großen DichterInnen und kompromisslosesten SchriftstellerInnen des 20. Jahrhunderts. Ihr zu Ehren und um ihren wundervoll schwarzen Humor in Erinnerung zu rufen, laden wir zu einer Lesung mit Ausschnitten aus ihren Büchern und preisgekrönten Hörspielen ein. Sie war aktiv in der Frauen- und Lesbenbewegung, und vielleicht kommen auch alte Weggefährtinnen, um ihren Worten zu lauschen und sich an sie zu erinnern“, heißt es in der Einladung. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung nicht nötig.

Fotoausstellung „Frauen, die forschen“

24 Spitzenforscherinnen sind derzeit in der Fotoausstellung „Frauen, die forschen“ in der Urania zu sehen. Die TSB Technologiestiftung Berlin hat die Porträts von Bettina Flitner im Auftrag des FrauenMediaTurms Köln in die Hauptstadt geholt. Von den 24 gezeigten Wissenschaftlerinnen sind derzeit fünf in Berlin tätig: Prof. Dr. Martina Dören, Charité-Universitätsmedizin Berlin, Prof. Dr. Olga Holtz, Technische Universität Berlin, Prof. Dr. Caroline Lasser, Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Martha Lux-Steiner, Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH, sowie Prof. Dr. Karin Mölling, Wissenschaftskolleg Berlin. Drei Professorinnen, Dören, Lux-Steiner und Mölling, debattierten bei der Eröffnung am 9. März in der Urania mit Bettina Flitner. Die Fotografien sind bis zum 8. Mai montags bis freitags in der Zeit von 14 bis 21 Uhr bei freiem Eintritt zu sehen.

Mehr Tipps finden Sie auf www.lfr-berlin.de

Aktion „Frauen gehen wählen!“

Vor 90 Jahren durften Frauen in Deutschland zum ersten Mal wählen und machten davon regen Gebrauch. In diesem Jahr sind die Berlinerinnen aufgerufen, das Europaparlament und den Deutschen Bundestag zu wählen und sich außerdem an einem Volksentscheid zu beteiligen. In anderen Bundesländern werden Landtage und Kommunalparlamente gewählt - 2009 ist ein Superwahljahr. Deshalb hat der LandesFrauenRat Berlin gemeinsam mit den Landesfrauenräten Mecklen-

burg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Sachsen sowie dem Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg die Aktion „Frauen gehen wählen!“ entwickelt. Mit Postkarte und Flugblatt wollen wir Frauen dazu motivieren, Politikerinnen und Politikern Fragen zu stellen und den gleichstellungspolitischen Gehalt ihrer Aussagen unter die Lupe zu nehmen. Mitgliedsorganisationen können Postkarten und Flugblatt für eigene Aktivitäten beim LFR Berlin bestellen.



Aus den Gremien: Berliner Familienbeirat

Dialog mit Berliner Familien

Der Berliner Beirat für Familien veranstaltet seit Januar in sechs Bezirken Familienforen. Bei diesen Foren will der Beirat mit Familien in direkten Dialog treten. Der Familienbericht solle nicht über, sondern mit den Familien erarbeitet werden, heißt es. Die Foren werden in Kooperation mit dem Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (ies) GmbH durchgeführt. Hintergrund für die Familienforen ist der erste Familienbericht, den der Beirat jetzt erarbeitet und der 2010 veröffentlicht werden soll. Dieser Bericht soll neben einer Analyse der bestehenden familienorientierten Angebote und Maßnahmen, Empfehlungen und Handreichungen für deren Weiterentwicklung zusammentragen.

Die Foren finden in Neukölln, Pankow (Prenzlauer Berg), Friedrichshain-Kreuzberg (Friedrichshain), Marzahn-Hellersdorf, Spandau und Steglitz-Zehlendorf (Steglitz) statt. Diese Bezirke wurden ausgewählt, um die Vielfalt der Berliner Familien aufzugreifen und die idealtypischen sozialen und ökonomischen Unterschiede innerhalb Berlins abzubilden. Die Teilnahme am Familienforum ist jeweils kostenfrei. Verpflegung und Kinderbetreuung werden gestellt. Die Anzahl der Teilnehmenden ist jeweils auf 60 begrenzt.

Über die Arbeit des Familienbeirats und die Foren informiert die Website www.familienbeirat-berlin.de im Internet.

Frauennetzwerke sind unerlässlich Symposium in der Niederländischen Botschaft

Die Niederlande haben seit 1890 ein weibliches Staatsoberhaupt. Ob deshalb die Frauen in unserem Nachbarland nach der Geburt ihres Kindes schneller an den Arbeitsplatz zurückkehren als hierzulande? Ob deshalb der Anteil der Frauen in Führungspositionen höher ist als bei uns und die Angebote der Kinderbetreuung flexibler auf die Bedürfnisse von Müttern und Vätern zugeschnitten sind? Beim Symposium „Frauen in der Wirtschaft – Karriere ist weiblich!“ am 4. Februar in der Niederländischen Botschaft tauschten die Teilnehmerinnen niederländisch-deutsche Erfahrungen aus. Dabei wurde deutlich: Karriere ist noch immer nicht wirklich weiblich. Vielfach werden Frauenunternehmen als „Weiberwirtschaft“ abqualifiziert. Auf Einladung des LFR Berlin, des EWMD und des Verbandes deutscher Unternehmerinnen (VdU) waren rund 100 Führungsfrauen – Selbstständige, Freiberuflerinnen, Managerinnen, Unternehmerinnen, Frauen in Leitungsfunktionen – in die Botschaft gekommen, um zu diskutieren und zu netzwerken.

Nach den anregenden Vorträgen von Mirella Visser, Präsidentin European Professional Women's Network, und Antje Melissen, Geschäftsführerin Melissen & de Jong, bildete die Gesprächsrunde mit Heide Meyer, VdU-Vorsitzende Berlin, Anke Domscheit vom European Women's Management Development Network EWMD und den beiden Vortragenden den Höhepunkt der Veranstaltung. Frauen könnten sich gegenseitig unterstützen, müssten sich aber möglichst in zwei Netzwerken engagieren, em-



Rita de Graaf, Veranstalterin aus der Wirtschaftsabteilung der Botschaft, die TFH-Frauenbeauftragte Heidemarie Wüst und die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen tauschten sich aus.

pfehl Anke Domscheit. „Das berufsspezifische Netzwerk ist wichtig, um Kontakte aufzubauen und zu pflegen. Das Frauennetzwerk ist aber auch wichtig.“ Für Mirella Visser sind Frauennetzwerke „helfende Häfen“. Sie seien wichtig als Plattform für neue Ideen, für den Austausch von Innovationen. Frauennetzwerke wachsen sehr schnell, wusste Antje Melissen aus Holland zu berichten. Der Grund: „Netzwerke sind ein wichtiger Teil des unternehmerischen Erfolgs.“ Heide Meyer wies darauf hin, dass Frauen ihr Licht völlig zu Unrecht unter den Scheffel stellen. „Wir Frauen glauben immer, die anderen müssten merken, wie gut wir sind. Aber das müssen wir laut sagen, nur dann bekommen es alle mit. Die Männer können das. Wir sind oft besser, aber wir sagen es nicht“, betonte sie. Auf Frauen werde sozialer Druck ausgeübt, dass

sie zum Beispiel Kind und Karriere nicht unter einen Hut bekämen, warf Mirella Visser ein. Deswegen gebe es auch in Holland einen sehr hohen Frauenanteil bei den Teilzeitbeschäftigten. Anke Domscheit, heute Topmanagerin bei Microsoft Deutschland, hat erlebt, wie sie als junge Mutter plötzlich nicht mehr befördert wurde. Da fühlte sich die Ostdeutsche „in die Steinzeit versetzt“ und wechselte den Arbeitsplatz. Sie weiß, dass viele Frauen in solchen Fällen die Selbstständigkeit wählen, weil sie so Beruf und Familie besser vereinbaren können. Beim Thema „Quote“ waren sich die Diskutantinnen dann aber doch uneins: Antje Melissen findet, die Quote sei „keine gute Idee“, und Mirella Visser konterte: „Wir können quotieren, weil wir qualifizierte Frauen haben.“ Heide Meyer weiß aus Erfahrung, dass Frauen nicht alles nur durch ihre Arbeit schaffen können. „Wir müssen zeigen, dass wir da sind.“ Anke Domscheit ist ganz klar für die Quotierung und engagiert sich deshalb zum Beispiel in der Initiative „Frauen in die Aufsichtsräte“. Schließlich „haben wir eine 98prozentige Männerquote. Da wirkt nicht nur die Leistung.“

Sabine Röhrbein

Das Podium: Anke Domscheit, Heide Meyer, Moderatorin Anke Plättner, Mirella Visser und Antje Melissen. Fotos (2): Röhrbein



Beglaubigte Abschrift

Urkundenrolle Nr. 80/1979

Amtsgericht Charlottenburg
- Vereinsregister -
Amtsgerichtsplatz 1

1000 Berlin 19

In der Vereinsregistersache

"Landesfrauenrat Berlin e.V."

melden wir als gewählte Vorstandsmitglieder die Gründung des Vereins "Landesfrauenrat Berlin e.V." zum Vereinsregister an.

Wir überreichen das von den Gründungsmitgliedern unterschriebene Gründungsprotokoll nebst Satzung vom 9. Juli 1979 in Urschrift und Abschrift.

Unsere Bestellung zu Vorstandsmitgliedern, und zwar zu 1) bis 4) als Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands und von 5) bis 7) als Beisitzerinnen ergibt sich aus dem Gründungsprotokoll.

Der Sitz des Vereins ist Totilastraße 35 a. 1000 Berlin 42.
Das Datum der Errichtung der Satzung ist der 9. 7. 1979.

Johanna Lemke geb. Köster
Johanna Lemke geb. Köster,
Verbandsvorsitzende,
geboren am 2. Juli 1912,
Wohnort Totilastraße 35 a, 1000 Berlin 42;
Annemarie Lange geb. Schilling
Annemarie Lange geb. Schilling,
Geschäftsführerin,
geboren am 29. Juni 1925,
Wohnort Totilastraße 35 a, 1000 Berlin 42;
Gertraud Schilling geb. Rasch
Gertraud Schilling geb. Rasch,
Geschäftsführerin,
geboren am 29. Juni 1925,
Wohnort Totilastraße 35 a, 1000 Berlin 42;
Hilde Rasch geb. Köster
Hilde Rasch geb. Köster,
Geschäftsführerin,
geboren am 29. Juni 1925,
Wohnort Totilastraße 35 a, 1000 Berlin 42;

Gertraud Schilling geb. Rasch
Gertraud Schilling geb. Rasch,
Geschäftsführerin,
geboren am 29. Juni 1925,
Wohnort Totilastraße 35 a, 1000 Berlin 42;
Hilde Rasch geb. Köster
Hilde Rasch geb. Köster,
Geschäftsführerin,
geboren am 29. Juni 1925,
Wohnort Totilastraße 35 a, 1000 Berlin 42;

Vorstandsmitglied, regelmäßig mit der vollstän-
digen Abschrift der Urkunde beauftragt;
"Landesfrauenrat Berlin e.V."
- der Vorstand ist durch den Vorstand gebildet -
Inhaltliche Ich bestätige;
Berlin, den 23. Juli 1979
Gertraud Schilling
Geschäftsführerin
Geb. 29. Juni 1925
Wohnort Totilastraße 35 a, 1000 Berlin 42;
Die Kosten dieses Urkunde vom 9. 7. 1979 der Staatskasse
für Kosten außer Anzahlung;
Gertraud Schilling
Geschäftsführerin
Berlin, den 23. Juli 1979
Gertraud Schilling
Geschäftsführerin
Berlin, den 23. Juli 1979

Gründungsurkunde des LandesFrauenRates Berlin e.V. mit den Unterschriften
des ersten Vorstands.

30 Jahre LFR - Frauen bewegen Berlin

LFR feiert Jubiläumsjahr 2009

Gründungsmitglieder des LFR Berlin

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Berlin
Arbeitskreis Emanzipation der FDP
Berliner Frauenbund 1945
Deutscher Ärztinnenbund
Deutscher Berufsverband für Krankenpflege
Deutscher Evangelischer Frauenbund Berlin
Deutscher Frauenbund für alkoholfreie Kultur
Deutscher Hausfrauenbund Berlin
Deutscher Staatsbürgerinnen-Verband
Deutscher Verband berufstätiger Frauen Club Berlin
Deutscher Verband Frau und Kultur
Frauengruppe der jüdischen Gemeinde
CDU-Landesfrauenvereinigung
Katholischer Deutscher Frauenbund
Landfrauenverband West-Berlin
Verband der weiblichen Angestellten Berlin
Verein für internationale Jugendarbeit
Verein katholischer Lehrerinnen

♦ Am 9. Juli 1979 gründete die Arbeitsgemeinschaft Berliner Frauenverbände im Raum 2113 des Rathauses Schöneberg mit einem einstimmigen Beschluss den LandesFrauenRat Berlin e.V. als neuen Dachverband der Frauenorganisationen in Berlin. Es war eine bewegende Zeit – eine frauenbewegte Zeit. Zwei Jahre zuvor hatten sich die traditionellen Frauenverbände und die autonomen Frauengruppen zu einer ersten gemeinsamen Konferenz getroffen – angeregt vom Berliner Informationsbüro der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, die gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport die dreitägige Zusammenkunft auch finanzierte. „Wir wären heute nicht hier, wenn Kämpfe des 19. und 20. Jahrhunderts nicht ausgefochten, wenn nicht Erfolge erzielt worden wären!“ versuchte die damalige Vorsitzende des Deutschen Staatsbürgerinnen-Verbandes und Sprecherin der Berliner Frauenverbände, Johanna Lemke, die Brücke zwischen erster und neuer Frauenbewegung zu schlagen. Am LFR-Gründungstag wurde sie zur ersten Vorsitzenden des neuen Dachverbandes gewählt. Die weiteren Vorstandsfrauen der ersten Stunde wa-

ren: Annelore Lange-Stümpfig (stellvertretende Vorsitzende), Gertraud Schilling (Schriftführerin) und Hilde Rasch (Schatzmeisterin) sowie Annelore Baedeker-Torberg, Dr. Erika Suchan und Ika Klar als Beisitzerinnen. „Die Enge unserer Stadt bedeutet diesmal im Gegensatz zu der Weiträumigkeit deutscher Flächenstaaten vielleicht die Chance eines überschaubaren Raums, wenn untersucht werden soll, wie und ob Frauen sich der Unzulänglichkeit ihrer Situation bewusst sind, wo Änderungen in Ausbildung und Beruf, wo Hilfestellung für erwerbstätige oder alleinstehende Mütter nötig sind“, kommentierte Johanna Lemke die LFR-Gründung in einem Beitrag des Bandes „Wohin geht die Frauenbewegung?“ von Gisela Gassen, die sich später als „Geburtshelferin“ der Verbandspublikation „Wir Berlinerinnen“ und als erste LFR-Geschäftsführerin Verdienste erworben hat. „Gut ist auch, dass hier nicht jeder Verband allein arbeitet und für sich“, schreibt sie weiter. „Ich meine, dass ein solcher Zusammenschluss von großem Wert ist, der auch mit Sicherheit eine größere Durchschlagskraft hat, als wenn irgendein Verband

allein etwas unternimmt. Und deshalb dieses Sprachrohr: Landesfrauenrat.“

Jubiläumsprogramm

Das Jahresprogramm 2009 des LFR Berlin wird vom 30-jährigen Bestehen geprägt: Geplant sind ein Ehemaligentreffen am 9. Juli im Rathaus Schöneberg und der offizielle Festakt am 16. November im Berliner Rathaus sowie Stadtrundgänge zur Frauengeschichte. Darüber hinaus setzen weitere Veranstaltungen gleichstellungspolitische Akzente, wie zum Beispiel die Podiumsdiskussion zum Thema „Entgeltgleichheit“ im Rahmen der UCW-Messe zum Frauentag am 14. März. Ebenso sind Foren zu Genderfragen im Vorfeld der Bundestagswahl und Gesprächsabende mit Politikerinnen; so mit Staatssekretärin Almut Nehrung-Venus (Linke) am 20. April im UCW, geplant. sbr

Eine Bitte: Durch mehrerer Umzüge ist die LFR-Aktenlage heute dürrig. Deshalb sind die Mitgliedsorganisationen aufgerufen, ehemalige LFR-Aktive zu benennen. Bitte wenden Sie sich an die LFR-Geschäftsstelle.

Neuer Anfang in neuer Form
Die Arbeitsgemeinschaft Berliner Frauenverbände hat sich am vergangenen Montag aufgelöst und als „Landesfrauenrat Berlin“ neu gegründet. Damit haben auch die Berliner Frauenverbände eine Dachorganisation, die, wie in den anderen Bundesländern, ein Landesverband des Deutschen Frauenrates ist. Am neuen Anfang in neuer Form steht auch eine neue Satzung, die es ermöglicht, daß sich mehr Gruppen als bisher beteiligen. Waren in der Arbeitsgemeinschaft neben den traditionellen Frauenverbänden, die sich mit politischer Bildung und Berufsbildung für Frauen, mit der Interessenvvertretung nicht berufstätiger Frauen und karitativer Arbeit befassen, nur die Frauenorganisationen der drei Parteien CDU, FDP und SPD vertreten, so sollen nun im Landesfrauenrat auch gewerkschaftliche Frauengruppen aufgenommen werden. Langfristig hoffte man auch auf die Mitarbeit autonomer Gruppen, war auf der Gründungsversammlung zu hören.
Zur Vorsitzenden des neuen Landesfrauenrates Berlin wurde Johanna Lemke vom Deutschen Staatsbürgerinnenverband gewählt, zu ihrer Stellvertreterin Hannelore Lange-Stümpfig vom Deutschen Hausfrauenbund. Zu den Arbeitsschwerpunkten, für die sich der Landesfrauenrat zuerst stark machen will, gehören die Nachbetreuung von Frauen, die das Frauenhaus verlassen, und eine Stellungnahme zum Thema „Anti-Diskriminierungsge-
setz“.

Notiz aus dem „Tagesspiegel“ vom 15. Juli 1979.

Mit der 9 durchs Jahrhundert

♦ Das neunte Jahr der vergangenen elf Dekaden war ausnahmslos ein besonderes – politisch im Allgemeinen und frauenpolitisch im Besonderen, im Positiven wie im Negativen.

1909 In den USA wird am 20. Februar der erste nationale Frauentag zur Propagierung des Frauenwahlrechts ausgerufen. Und am 10. Dezember erhält die Schwedin Selma Lagerlöf als erste Frau den Literaturnobelpreis.

1919 Zum ersten Mal wählen am 19. Januar auch Frauen die Mitglieder der deutschen Nationalversammlung; ihre Wahlbeteiligung beträgt 82,3 Prozent. Am 19. Februar spricht mit Marie Juchacz (SPD) die erste Frau vor dem neuen Parlament, dem 37 Frauen (8,7 Prozent) angehören. Und am 15. Januar wird Rosa Luxemburg zusammen mit Karl Liebknecht verhaftet und kurz darauf ermordet.

1929 Im Juni findet in Berlin der Kongress zum 25-jährigen Bestehen des Weltbundes für Frauenstimmrecht und Staatsbürgerliche Frauenarbeit statt, am 17. Juni wird ebenfalls in Berlin der Weltkongress für Frauenarbeit eröffnet und am 20. Oktober tagt dort der Reichskongress werktätiger Frauen – berufstätige Frauen werden zu Heldinnen der modernen Frauenromane. Und in der ersten Fernsehausstrahlung am 8. März über den Sender Witzleben werden Bilder von Frauen in Badeanzügen gezeigt.

1939 Noch bevor es am 1. September zum Überfall auf Polen kommt und deutsche Truppen den Krieg beginnen, tritt am 13. Februar die „Dienstpflichtverordnung“ in Kraft, die die Heranziehung von Frauen zum Kriegsdienst zum Gegenstand hat. Am 18. Mai wird das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück eröffnet mit der Inhaftierung von 860 deutschen und sieben österreichischen Frauen. Und am 21. Mai, dem Muttertag, wird erstmals das Ehrenkreuz für die deutsche Mutter verliehen.

1949 Am 23. Mai tritt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Deswegen vier Mütter haben nicht zuletzt

mit Hilfe einer gewaltigen Postkartenaktion erreicht, dass in Artikel 3 die Gleichberechtigung von Frauen und Männern verankert wird. Am 30. Mai billigt der 3. Deutsche Volkskongress die Verfassung der DDR. Dort ist in Artikel 7 festgelegt, dass alle Gesetze aufgehoben werden, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen. Am 8./9. Oktober schließen sich in den drei Westzonen Frauenverbände zum Deutschen Frauenring e.V. zusammen, überall entstehen lokale Frauenausschüsse – auch in Berlin. Und in Frankreich erscheint Simone de Beauvoirs epochales Werk „Das andere Geschlecht“, das die erste und neue Frauenbewegung verbinden wird und somit der frauenpolitischen Debatte um Jahre vorausgreift.

1959 Am 1. Februar wird bei einer Volksabstimmung in der Schweiz die Einführung des Frauenwahlrechts auf Bundesebene verworfen. Am 2. Februar wird Indira Gandhi in Neu Delhi Präsidentin der indischen Kongresspartei. Das Bundesverfassungsgericht erklärt am 19. Juli das Alleinvertretungsrecht der Väter für ihre Kinder und das Letztentscheidungsrecht in Fragen der Kindererziehung für verfassungswidrig. Und Barbie, das 29 Zentimeter große Schönheitsideal aus Vinyl, beginnt seinen Siegeszug durch die Kinderzimmer der Mädchen.

1969 Am 8. März wird die Tradition des Internationalen Frauentages in Westdeutschland wiederentdeckt und neu belebt. Der DGB verabschiedet auf seinem 8. Ordentlichen Bundeskongress in München im Mai sein „Programm für Arbeitnehmerinnen“. Am 4. Juli erscheint das Konterfei von drei Parlamentarierinnen der ersten Stunde auf einer Sondermarke: Marie Juchacz (SPD), Marie-Elisabeth-Lüders (FDP) und Helene Weber (CDU). Am 28. September geht die SPD mit 42,7 Prozent als Siegerin aus der Bundestagswahl hervor. Die Ursache hierfür sind die Frauen: 3,6 Millionen mehr Frauen als Männer waren 1969 wahlberechtigt – zu den Wahlwerbeschenken gehören übrigens sinnigerweise auch Kochlöffel. Und mit Golda

Etappen der Frauengeschichte

Meir wird am 17. März erstmals eine Frau zur Ministerpräsidentin Israels gewählt.

1979 Im März protestieren im Iran Frauen – vergeblich – gegen die Einschränkung ihrer Rechte, insbesondere den Schleierzwang. Am 3. Mai siegt in Großbritannien bei den Wahlen die Konservative Partei und es beginnt die Regentschaft der Eisernen Lady Margaret Thatcher, die bis 1990 andauern wird. Am 10. Mai gewinnen 29 Arbeiterinnen in Gelsenkirchen eine Klage gegen Lohndiskriminierung. In Österreich tritt am 1. Juli das Gleichbehandlungsgesetz in Kraft, und in Paris fordern 50.000 Frauen am 6. Oktober das Recht auf freie und kostenfreie Abtreibung. Am 18. Dezember verabschiedet die UNO das Übereinkommen zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung der Frau (CEDAW), dem die Bundesrepublik später beitrifft. Und am 9. Juli wird der Landesfrauenrat Berlin e.V. aus der Taufe gehoben!

1989 Am 9. November öffnet sich nach Monaten der Ungewissheit im Zuge der friedlichen Revolution in der DDR die Berliner Mauer. Am 2. Dezember findet in der Ost-Berliner Volksbühne ein Frauenkongress statt. Dabei verabschieden die DDR-Frauen ihr Manifest für eine autonome Frauenbewegung.

1999 Am 1. Mai tritt der Amsterdamer Vertrag in Kraft. In seiner Folge erkennt die Bundesregierung mit Kabinettsbeschluss vom 23. Juni die „Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip“ an und fördert dies unter dem Begriff „Gender Mainstreaming“. Am 26. Oktober legt Antonio La Pergola in der Rechtssache Tanja Krell gegen die Bundesrepublik Deutschland seine Schlussanträge vor. Die Klägerin ist Elektronikerin und will künftig in der Abteilung „Instandsetzung Elektronik“ arbeiten. Ihr Wunsch Arbeitgeber lehnt das unter dem Hinweis auf ihr Geschlecht ab: Es ist die Bundeswehr. Der Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof sieht darin eine Diskriminierung von Frauen bei der Berufswahl. Der EuGH folgt dieser Auffassung zu Beginn des Jahres 2000. Und am 9. November be-

schließt der Bundesausschuss der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken die Einrichtung „mädchengerechter Zeltlager“.

2009 Die Finanz- und Wirtschaftskrise tobt und weil die Jungs es offenbar nicht packen, ruft der „Spiegel“ am 26. Januar den „Planet der Frauen“ aus. Der Stoff reicht immerhin für vier Ausgaben. Am 22. Februar ruft das Europäische Parlament erstmals den „Internationalen Tag für gleiches Entgelt“ aus, dem der Equal Pay Day als bundesweiter Aktionstag am 20. März folgt. In Oslo findet sich im für den Friedensnobelpreis zuständigen Komitee nur noch

ein Mann wieder. Die übrigen vier Mitglieder sind weiblich. Doch noch immer gilt es, Hürden zu überwinden: Die US-Amerikanerin Lindsey Van tut dies, indem sie im tschechischen Liberec von der Schanze in die Tiefe segelt – mit ihrem knapp 100 Meter weiten Satz wird sie am 20. Februar die erste Weltmeisterin im Skispringen. Das heißt je-doch nicht, dass sie eine Chance auch auf olympisches Gold hätte: In Vancouver 2010 sind die fliegenden Jungs voraussichtlich wieder unter sich. Und was uns das Jahr sonst noch bringt? Hauptsache: voran!

Juliane von Friesen

Stadtführungen für Frauen

Die Mütter des Grundgesetzes
9. Mai 2009 um 15 Uhr
mit Claudia von Gélieu (Frauentouren)

Start: Lieselotte-Berger-Straße/
Ecke Waltersdorfer Chaussee
Teilnahme-Beitrag: 10 Euro

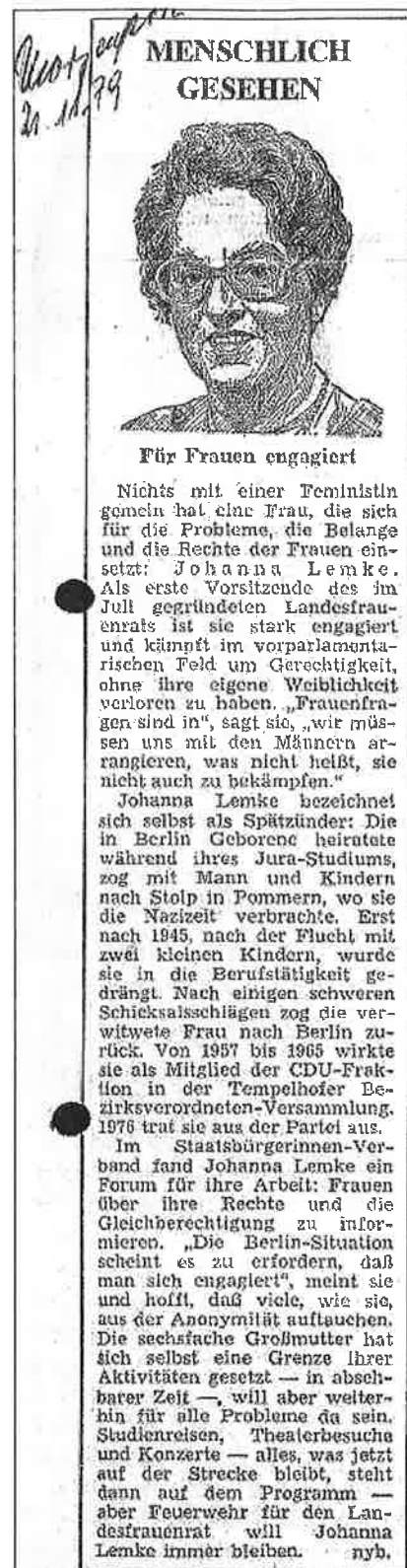
Frauenpflaster Schöneberg
9. Juli 2009 um 13 Uhr
mit Gudrun Blankenburg

Start: Rathaus Schöneberg
Teilnahme-Beitrag: 10 Euro

Sie lebten ihrer Zukunft ein Stück voraus
26. August 2009 um 18 Uhr
mit Claudia von Gélieu (Frauentouren)

Start: Berliner Rathaus
Teilnahme-Beitrag: 10 Euro

Anmeldungen in der LFR-Geschäftsstelle telefonisch
unter 785 70 10, per Mail an lfr-berlin@t-online.de



Für Frauen engagiert

Nichts mit einer Feministin gemein hat, eine Frau, die sich für die Probleme, die Belange und die Rechte der Frauen einsetzt: Johanna Lemke. Als erste Vorsitzende des im Juli gegründeten Landesfrauenrats ist sie stark engagiert und kämpft im vorparlamentarischen Feld um Gerechtigkeit, ohne ihre eigene Weiblichkeit verloren zu haben. „Frauenfragen sind in“, sagt sie, „wir müssen uns mit den Männern arrangieren, was nicht heißt, sie nicht auch zu bekämpfen.“

Johanna Lemke bezeichnet sich selbst als Spätzüncker: Die in Berlin Geborene heiratete während ihres Jura-Studiums, zog mit Mann und Kindern nach Stolp in Pommern, wo sie die Nazizeit verbrachte. Erst nach 1945, nach der Flucht mit zwei kleinen Kindern, wurde sie in die Berufstätigkeit gedrängt. Nach einigen schweren Schicksalsschlägen zog die verwitwete Frau nach Berlin zurück. Von 1957 bis 1965 wirkte sie als Mitglied der CDU-Fraktion in der Tempelhofer Bezirksverordneten-Versammlung. 1976 trat sie aus der Partei aus.

Im Staatsbürgerinnen-Verband fand Johanna Lemke ein Forum für ihre Arbeit: Frauen über ihre Rechte und die Gleichberechtigung zu informieren. „Die Berlin-Situation scheint es zu erfordern, daß man sich engagiert“, meint sie und hofft, daß viele, wie sie, aus der Anonymität auftauchen. Die sechsfache Großmutter hat sich selbst eine Grenze ihrer Aktivitäten gesetzt – in absehbarer Zeit – will aber weiterhin für alle Probleme da sein. Studienreisen, Theaterbesuche und Konzerte – alles, was jetzt auf der Strecke bleibt, steht dann auf dem Programm – aber Feuerwehr für den Landesfrauenrat will Johanna Lemke immer bleiben. nyb.

Zeitungsausschnitt aus der „Berliner Morgenpost“ vom 21. November 1979, der in der Rubrik „Menschlich gesehen“ die erste Vorsitzende des LFR Berlin Johanna Lemke porträtiert – typischerweise für die Zeit als eine Frau, die nichts mit einer Feministin gemein hat, stattdessen sechsfache Großmutter ist.

Frauentag 2009 = Kampftag im Superwahljahr?

♦ Der Internationale Frauentag, International Women's Day, wird heute weltweit am 8. März begangen. Im Kampf um die Gleichberechtigung und das Wahlrecht für Frauen entstanden, blickt er auf eine lange Tradition zurück. Dabei ist nach wie vor umstritten, an welche Ereignisse er ursprünglich erinnern will. Seine Geschichte ist mehrdeutig und durch historisch-ideologische Kontexte beeinflusst: Die deutsche Sozialistin Clara Zetkin schlug bei der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen die Einführung eines internationalen Frauentags vor. Soweit ist die Geschichte bekannt. Die Erklärungen zur Wahl des Datums fallen dagegen sehr verschieden aus.

Ursprungsmythen

Der Frauentag feierte am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich und der Schweiz revolutionäre Premiere, wobei sich die Frauenrechtlerinnen auf den Vortag bezogen – der 18. März war von jeher Gedenktag für die Gefallenen der Märzrevolution 1848. Am 8. März 1917 – nach russischem Kalender am 23. Februar – streikten in Sankt Petersburg die Arbeiter- und Soldatenfrauen des armen Stadtviertels Wyborg und lösten damit die Februarrevolution aus. Zu Ehren der Frauen in dieser Revolution führte die Zweite Internationale Konferenz kommunistischer Frauen 1921 in Moskau den 8. März als internationalen Gedenktag ein. Während des Kalten Krieges entstand in Ablehnung der kommunistischen Tradition eine alternative Herleitung. Danach gilt ein spontaner Streik von Textilarbeiterinnen, der sich am 8. März 1857 in New York ereignet haben soll, als „Geburtsstunde“ des Frauentages. Die Polizei soll ihre Demonstration gegen niedrige Löhne und unzumutbare Arbeitsverhältnisse blutig niedergeschlagen haben, viele Frauen ließen dabei ihr Leben, heißt es. Genau fünfzig Jahre später wurde am 8. März 1907 erstmals an diese Vorfälle erinnert. Mehrere Historikerinnen haben seit den 1980er Jahren darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Streik von 1857



um eine „Legende“ handelt, die 1955 entstanden sei, um den Frauentag von seiner sowjetischen Vorgeschichte zu lösen. Dabei wurden die konstruierten Ereignisse von 1857 und 1907 zumindest teilweise mit einer tatsächlich stattgefundenen Demonstration vermischt, die die New Yorker Social Democratic Women's Society am 8. März 1908 in New York unter anderem zur Propagierung des Frauenwahlrechts veranstaltete. Auch damals sollen Tabak- und Textilarbeiterinnen in den Streik getreten sein und für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne protestiert haben. Ab und an wird eine Feuerkatastrophe in einer New Yorker Textilfabrik, die am 25. März 1911 vermutlich 146 Näherinnen das Leben kostete, im Zusammenhang mit der antisowjetischen Herleitung des Frauentages erwähnt. Doch worauf immer sich der Ursprung des Frauentags auch bezieht: Er ist in dem Bestreben entstanden, Heldinnen zu küren, die ohne Rücksicht auf Leib und Leben für eine gerechte Sache gekämpft haben. Diese gerechte Sache war zur Geburtsstunde 1910/11 das Frauenwahlrecht: Und so zogen eine Million Frauen am ersten Frauentag unter dem Motto „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ auf die Straße.

Im Superwahljahr 2009 wird der einstige Kampftag für das Frauenwahlrecht

damit zur Aufforderung, die Programme der Parteien genau auf ihren gleichstellungspolitischen Gehalt abzuklopfen und die Wahlentscheidung wohl abzuwägen. Bei der siebten Direktwahl des Europäischen Parlaments am 7. Juni 2009 sind in Deutschland 33,2 Millionen Frauen und 31,1 Millionen Männer (Deutsche und Unionsbürger) wahlberechtigt. Die Frauenstimmen haben auch bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 Gewicht, leben in Deutschland doch annähernd 42 Millionen Frauen und knapp 40 Millionen Männer. Deshalb sind

► gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit,
► gleiche Karrierechancen für Frauen und Männer vor allem in der Privatwirtschaft,
► die paritätische Besetzung von Aufsichtsgremien und die partnerschaftliche Teilung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern wichtige Ziele für mehr Geschlechtergerechtigkeit, die die Bundestagswahl entscheiden können. Tatsächlich ist eine hohe Wahlbeteiligung der Frauen ebenso wichtig wie eine breite Auswahl von qualifizierten Kandidatinnen, die sich zur Wahl stellen.

Kampftag für das Wahlrecht ist der Frauentag schon lange nicht mehr. In den Anfangsjahren der Bundesrepublik geriet er fast in Vergessenheit, während er in der DDR mit Parteireiten ritualisiert wurde. Die neue Frauenbewegung hat ihn für sich entdeckt und mit neuen alten Forderungen der Vorkämpferinnen von einst verbunden. Zum Frauentag demonstrierten die Aktivistinnen gegen den § 218 und für Geschlechterdemokratie. 1975 hat die UNO den 8. März erstmals als internationalen Frauentag gewürdigt. Kurios: Am 8. März 1987 erschienen anlässlich des Frauentages in Moskau die „burda-modern“ als erste westdeutsche Zeitschrift in russischer Sprache.

Sabine Röhrbein

Foto: FES – virtuelle Ausstellung „90 Jahre Frauenwahlrecht. Die Frau im politischen Plakat zur Reichstagswahl 1919“

DGB: Auf uns kommt es an

♦ 90 Jahre Frauenwahlrecht, 60 Jahre Gleichstellungsartikel im Grundgesetz, 50 Jahre Gleichberechtigungsgesetz – einige Meilensteine auf dem Weg zur Gleichberechtigung liegen bereits hinter uns. Wir haben viel erreicht und trotzdem: Echte Gleichstellung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sieht anders aus. Das wollen wir auch im Wahljahr deutlich machen. In Deutschland verdienen Frauen noch immer bis zu 22 Prozent weniger als Männer. Viele von ihnen bemühen sich täglich um eine Balance zwischen Familie und Beruf. Und viele Frauen wollen einen ebenso zügigen beruflichen Aufstieg wie ihre männlichen Kollegen. Deshalb engagieren sich die DGB-Gewerkschaften – und vor allem die Gewerkschaftsfrauen – für Entgeltgleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gleiche Karrierechancen. Frauen sind aber auch wesentlich stärker mit niedrigen Löhnen und unsicherer Beschäftigung konfrontiert. Dem setzen wir unsere Forderungen nach Mindestlöhnen und der Eindämmung prekärer Beschäftigung entgegen. Dass Frauen im Alter von

ihrer Rente leben können, setzt gute Beschäftigungschancen mit guter Bezahlung voraus. Gleichberechtigung von Mann und Frau heißt für uns:

- ⇒ gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- ⇒ Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für alle Kinder
- ⇒ flexible Arbeitszeitmodelle
- ⇒ gleiche Karrierechancen
- ⇒ Eindämmung von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung
- ⇒ sichere Rente

Wir werden die politischen Parteien daran messen, welche Antworten sie auf diese dringenden Fragen geben – bei der Bundestagswahl genauso wie bei der Europawahl, den Landtags- oder Kommunalwahlen. Denn Frauen bestimmen mit und sie gestalten mit.

Frauen bestimmt! Auf uns kommt es an in Politik, Unternehmen und Verwaltungen. Denn eine Frau im Kanzleramt ist nicht genug – das ist wie die berühmte Schwalbe, die noch keinen Sommer macht. Sorgen wir dafür, dass mehr Frauen Verantwortung übernehmen.

dbb Frauenvertretung: Lieber gleichberechtigt als später!

♦ Das Jahr 2009 bringt uns viele Jubiläen:

- ⇒ 90 Jahre Frauenwahlrecht
- ⇒ 60 Jahre Artikel 3 Grundgesetz „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“
- ⇒ 50 Jahre Gleichberechtigungsgesetz

Es hat sich viel getan auf dem Weg zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen, dennoch gibt es noch viel zu tun: Frauen in Führungspositionen sind auch im öffentlichen Dienst rar. Frauen arbeiten häufig in Teilzeit, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Sie werden bei den dienstlichen Beurteilungen häufig schlechter bewertet als ihre männlichen Kollegen. Als würde die Quantität der Teilzeitarbeit etwas über die Qualität der Leistung aussagen. Die dbb bundesfrauenvertretung und die Frauenvertretungen der Landesbünde und Mitgliedsverbände setzen sich für eine geschlechtergerechte Leistungsbewertung und gleiche Auf-

stiegschancen ein. Sie fordern auch innerhalb der Mitgliedsverbände des dbb beamtenbund und tarifunion eine geschlechtergerechte Gremienbesetzung insbesondere bei Entscheidungsgremien.

Damit Frauen und Männer Familie partnerschaftlich leben können, brauchen wir eine qualifizierte und bezahlbare Kinderbetreuung, auch für Schulkinder. Unabdingbar ist auch die Einführung eines familiengerechten Steuerrechts. Hierzu gehört auch die vollständige steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten.

2009 wird ein Superwahljahr: es stehen Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen an. Auch das Europäische Parlament wird neu besetzt. Noch immer sind Frauen in Parlamenten und Regierungen in der Unterzahl. Hier ist es unser aller Aufgabe Frauen auf allen Ebenen zu unterstützen. Damit Politik von allen für alle gemacht wird und alle gleichberechtigt sind!

KDFB: Schluss mit Entgeltungleichheit

♦ Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, demonstrieren weltweit Frauen für die Stärkung von Frauenrechten, für mehr Gleichberechtigung, gleiche Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) unterstützt diese Ziele und setzt sich in Deutschland für deren Erreichung ein. Aktuell fordert der Verband die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Kirche auf, endlich für mehr Lohngerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zu sorgen. „Es ist beschämend, dass wir heute immer noch für die Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen kämpfen müssen“, stellt Ingrid Fischbach, Präsidentin des 220.000 Mitglieder starken Frauenverbandes, fest. Ungleicher Lohn trotz gleichwertiger Arbeit, das ist für viele Frauen in Deutschland gängige Praxis. Ihr Verdienst ist bei gleicher, teilweise sogar besserer Qualifikation, deutlich geringer als der Lohn von Männern. Obwohl beide Geschlechter dem Grundgesetz nach gleichberechtigt sind, gibt es laut Statistischem Bundesamt einen Entgelt-Unterschied von 24 Prozent. Damit liegt Deutschland europaweit auf dem viertletzten Platz. Für Fischbach ist dies „ein trauriges Zeichen, wenn Gleichstellung nur als Wort auf dem Papier steht.“

Der Katholische Deutsche Frauenbund sieht in dieser bestehenden Entgeltungleichheit ein zentrales gesellschafts- und frauenpolitisches Thema. „Es muss endlich Schluss sein mit einer solchen Ungerechtigkeit. Was für Männer selbstverständlich ist, muss auch für Frauen gelten. Deshalb fordern wir im Sinne des Internationalen Frauentages eine einheitliche Bewertung von Frauen- und Männerarbeit und die damit verbundene gleiche Bezahlung“, so die KDFB-Präsidentin. Dies ist nach Meinung von Ingrid Fischbach ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer tatsächlichen Gerechtigkeit. Lohngerechtigkeit steht auch im Mittelpunkt des bundesweiten Equal Pay Day am 20. März.

Aktionsbündnis: Entgeltgleichheit schaffen

♦ Erstmals in Deutschland formiert sich ein breites Aktionsbündnis aus Wirtschaftsverbänden und Frauenorganisationen, das sich gemeinsam für den Abbau von Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern einsetzt - das Frauennetzwerk Business and Professional Women (BPW) Germany, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Deutsche Frauenrat (DF), die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) und der Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU) wollen an einem Strang ziehen. Das Aktionsbündnis will den Equal Pay Day 2009 am 20. März gemeinsam als bundesweiten Aktionstag durchführen. Der Termin markiert den Zeitraum, den Frauen in Deutschland über das Jahresende hinaus arbeiten müssen, um auf das Vorjahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen. Im vergangenen Jahr hatte dieser Aktionstag, initiiert vom BPW, am 15. April in Deutschland Premiere. In

diesem Jahr zieht er mit dem Aktionsbündnis unter der Überschrift „Entgeltgleichheit schaffen - Ursachen angehen“ und einer Vielzahl von Veranstaltungen nun weite Kreise. Dazu gehört auch eine Pressekonferenz der Bündnispartner mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen (CDU). Der BPW lädt am Abend des Equal Pay Day zur Abschlussveranstaltung ins Berliner Rathaus ein. Dabei können die Initiatorinnen dann auch die Auszeichnung „Ort im Land der Ideen“ (Standortinitiative der Bundesregierung) entgegennehmen. Hintergrund der verstärkten Aktivitäten sind die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen, die seit Jahren nahezu unverändert bei 22 bis 23 Prozent liegen. Zum Vergleich: Im EU-Durchschnitt verdienen Frauen 17 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Diese Differenz hat eine Vielzahl von Ursachen: So sind Frauen häufiger in Bereichen mit niedrigem Lohnniveau beschäftigt, seltener in

gut bezahlten Führungspositionen zu finden und verfügen wegen der Kindererziehung über weniger Berufsjahre. Traditionelle Rollenbilder, wie das Stereotyp des Vaters als Familienernährers, sind mitverantwortlich, wenn Chefs Männern mehr zahlen und davon ausgehen, dass sich die Frauen sowieso lieber um Kinder und Haushalt kümmern. Schließlich sind auch staatliche Rahmenbedingungen, wie das häufig unzureichende Angebot der Kinderbetreuung für die Situation mitverantwortlich. Das Aktionsbündnis will daher unter anderem die Debatte über die Gründe der Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen in Deutschland in die breite Öffentlichkeit tragen und das Bewusstsein für die Ursachen von Entgeltunterschieden schärfen sowie Wege zur Überwindung der Unterschiede aufzeigen und sich für einen zügigen Ausbau der Kinderbetreuung einsetzen. Zudem ruft es weitere Verbände und Organisationen dazu auf, sich an den Aktivitäten zu beteiligen.

Entgeltgleichheit in der EU

♦ Am 22. Februar 2009 hat das Europaparlament zum ersten Mal den „Internationalen Tag für gleiches Entgelt“ ausgerufen. Das Ziel: auf die bestehenden Ungerechtigkeiten bei der Vergütung von Männern und Frauen hinzuweisen. Die Abgeordneten haben ferner die Kommission in einer Grundsatzklärung aufgefordert, konkrete Vorschläge zur Überwindung des Lohngefälles vorzulegen. Aus ihrer Sicht ist dazu eine Doppelstrategie aus legislativen und nichtlegislativen Maßnahmen überfällig. Das Parlament forderte die Kommission auf, bis zum 31. Dezember 2009 einen Legislativvorschlag über die Revision der entsprechenden Rechtsvorschriften vorzulegen. Da sich das Gesamtproblem jedoch nicht allein durch Rechtsvorschriften lösen ließe, sollen Kommission und Mitgliedsstaaten die bestehenden Vorschriften durch Sanktionen verschärfen. Das Parlament kritisierte gleichzeitig, dass das Ziel, das Lohngefälle zu verringern, von den meisten Mitgliedsstaaten „nicht energisch genug“ verfolgt werde.

Entgeltgleichheit im Bundestag

♦ In einer Anhörung des Frauenausschusses im Deutschen Bundestag Ende Januar haben Sachverständige das Familienernährer-Hinzuverdienerinnen-Modell als eine wesentliche Ursache der in Deutschland nach wie vor bestehenden Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern benannt. Um gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit zu erreichen, forderten die Sachverständigen des Deutschen Juristinnenbundes (djv) und der Gewerkschaft ver.di unter anderem ein Verbandsklagerecht für Antidiskriminierungsverbände - dieses ist im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) nicht vorgesehen. Als weitere Hauptgründe für die deutlichen Gehaltsunterschiede wurden die Auszeit der Frauen für die Kindererziehung, fehlende Transparenz der Lohnstrukturen, die fortschreitende Deregulierung des Arbeitsmarktes, die unterschiedliche gesellschaftliche Wertschätzung der so genannten Frauen- und Männerberufe sowie teils geschlechterdiskriminierende Tarifverträge, Arbeitsbewertungssysteme

und Beförderungskriterien genannt. „In der Anhörung und aus den Stellungnahmen der Sachverständigen wurde mehrheitlich deutlich, dass die Freiwilligkeit von Maßnahmen allein nicht ausreicht, um Entgeltgleichheit herzustellen. Erforderlich sind vielmehr verbindliche gesetzliche Regelungen und eine Gesamtstrategie“, bewerteten die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Christel Humme, und die frauenpolitische Sprecherin der SPD im Bundestag, Caren Marks, unisono das Ergebnis. Frauenorganisationen wie der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) sehen sich in ihrer Forderung nach Entgeltgleichheit bestätigt. „Trotz guter Ausbildung und gleichwertiger Arbeit verdienen Frauen in Deutschland im Durchschnitt 24 Prozent weniger als Männer“, so KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach. „Die Überwindung dieser Ungerechtigkeit ist ein zentrales Thema für die Gleichstellung von Frauen und muss daher von Politik, Wirtschaft und Tarifpartnern gemeinsam angegangen werden.“ *sbr*

Deutscher Frauenrat: Die Freiheit nehm' ich mir!

♦ Anlässlich des Internationalen Frauentages ruft die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, Marlies Brouwers alle Wählerinnen dazu auf, im Superwahljahr 2009 von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen: „Eine überganglose Erhebung aus gänzlicher politischer Rechtlosigkeit zu voller staatsbürgerlicher Freiheit, so jubelte einst Marie Stritt, führende Stimmrechtlerin in Deutschland. Das war genau vor neunzig Jahren, nachdem das Wahlrecht für Frauen hier endlich eingeführt worden war. Von dieser Euphorie, wählen zu dürfen, ist heute nichts mehr zu spüren. Im Gegenteil. Vielen ist diese Freiheit so selbstverständlich und dabei so fade geworden, dass sie nicht einmal mehr Gebrauch davon machen. Das ist ein Armutszeugnis. Demokratie lebt von Beteiligung, nicht nur vom Zuschauen. Vom Mut, laut seine Meinung nicht nur zu sagen, sondern auch die Auseinandersetzung darüber zu führen. Vom gesellschaftlichen (Ver-)Handeln, so die DF-Vorsitzende. Es sei auch eine Freiheit, keine Verantwortung tra-

gen zu müssen. Aber die hätten die Stimmrechtskämpferinnen sicherlich nicht gemeint, als sie von der neuen, der „vollen staatsbürgerlichen Freiheit“ schwärmten. Lange und hart hätten sie für das Wahlrecht gekämpft, „als Eintrittskarte in das Reich der Gleichberechtigung. Wir, ihre Nachfahinnen haben davon enorm profitiert, haben in fast allen Bereichen des Politischen und Persönlichen Gewinne eingefahren, wiewohl noch einige Rechnungen offen geblieben sind,“ sagt Marlies Brouwers. Und weiter: „Als geschichts- und verantwortungsbewusste Demokratinnen rufen wir alle Mitbürgerinnen anlässlich des Internationalen Frauentages daher auf: Setzen Sie Ihre (Wahl-)Stimme ein in diesem Jahr. Gelegenheit haben Sie genug bei fünf Landtagswahlen, einer Reihe von Kommunalwahlen, Volksabstimmungen, bei denen direkte Demokratie praktiziert werden kann, bei der Europawahl am 7. Juni und nicht zuletzt bei der Bundestagswahl am 27. September. Gehen Sie wählen nach dem Motto: Die Freiheit nehm' ich mir!“

Neues aus dem UCW

Vortrag: Historie von Ehe und Partnerschaft

♦ Das Projekt „Reife-Zeit“ im UCW lädt am Donnerstag, dem 19. März 2009, zum Vortrag mit Marie-Luise Schwarz-Schilling ein. Ihr Thema: „Die Ehe – Seitensprung der Geschichte“. Dabei geht es um die historische und um die politische Dimension von Ehe und Partnerschaft, die heute allzu oft psychologisch und biologisch untermauert werden soll. Doch wie war es in anderen Jahrhunderten? Gab es „freie Frauen“ – und wenn ja, warum wurden sie abhängig? Früher galt die Sippe als idealer Ort der Lebensgemeinschaft, heute sind es vermehrt nichteheliche Paare und hat das Ehemonopol ausgedient. Aber sind Frau und Mann wirklich verschieden? Sollten sie besser getrennt leben und eine „Besuchspartner-schaft“ eingehen? Marie-Luise Schwarz-Schilling entlarvt die vermeintlich biologischen Vorgaben als politischen Willen einiger weniger und zeigt Lösungswege aus der Jahrtausende alten Bürde auf, die uns erst seit 50 Jahren offen stehen. Die Referentin lebt und arbeitet als Autorin und Unternehmerin in Berlin. Derzeit forscht sie mit Studierenden der TU Berlin und der Universität Potsdam zu Themen rund um die Veränderung des Weiblichen und Männlichen in Partnerschaft und Gesellschaft, an der „geräuschlos“ Revolution. Die Veranstaltung findet in der Zeit von 18 bis 20.30 Uhr im UCW, Sigmaringer Straße 1, 10713 Berlin (U7 – Blissestraße, Bus 101, 104) statt. Für die Teilnahme ist ein Kostenbeitrag in Höhe von 8 Euro zu zahlen. Anmeldungen werden via Email an info@die-finanzplanerin.de oder telefonisch unter 86 20 13 70 erbeten. Als „Reife-Zeit“ haben sich fünf UCW-Unternehmerinnen (Barbara Hoofe, Ingeborg Albinus, Margarete Krümpel, Renate Stein und Judith Brandner) zusammengeschlossen. Ihr Ziel: Erfahrungen, Kompetenzen und Stärken für Menschen um 50+/- zu bündeln.

Messe zum

Internationalen Frauentag

14. März 2009 von 11 bis 18 Uhr

*LFR-Podiumsdiskussion
„Frauen sind MehrWert
Gleicher Lohn für
gleichwertige Arbeit“*

mit Monika Thiemen
(Bezirksbürgermeisterin
Charlottenburg-Wilmersdorf),
Gisela Brokamp
(LFR Berlin/EWMD),
Dagmar Terbeznik (BPW)

16.30 Uhr Messe-Café, 3. Etage

Samstag, 14. März 2009

MESSE IM UCW

vielseitig - verbindend - vielversprechend

SIGMARINGER STR. 1 · 11-18 Uhr

UCW-Messe 2009

♦ Zum Internationalen Frauentag 2009 öffnet das Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf wieder seine Pforten: Am 14. März können sich Frauen und andere Interessierte in der Zeit von 11 bis 18 Uhr über das Profil der UCW-Mieterinnen informieren, sich beraten lassen, austauschen, Erfahrungen sammeln sowie an Vorträgen und Schnupperkursen teilnehmen. Der LFR Berlin stellt sich und seine Mitgliedsorganisationen in seinen Räumen in der dritten Etage vor. Um 16.30 Uhr lädt er zur Podiumsdiskussion „Frauen sind MehrWert: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ ins Messe-Café (3. Etage) ein. Wenige Tage vor dem Equal Pay Day will die Veranstaltung einen Anstoß zum gesellschaftlichen Umdenken geben. Interessierte sind herzlich eingeladen, sich in die Diskussion einzubringen. **Fakten rund ums Thema Entgeltgleichheit sind unter www.equalpayday.de, zur UCW-Messe unter ucw-berlin.de zu finden.**



Soziales Lernen in der Schule heute

frauen+schule schreibt Preis für Soziales Lernen aus

♦ Gymnasien und/oder Gesamtschule? Die Senatsverwaltung für Bildung arbeitet derzeit an einer tiefgreifenden Reform der Sekundarstufe der Berliner Schulen, die Auswirkungen auch auf die Grundschulen haben wird. Diese Reform darf sich auf keinen Fall in Veränderungen des äußeren Rahmens erschöpfen und dem Trugschluss erliegen, dass notwendige Strukturveränderungen im Innern sich dann wie von selbst ergeben. Diese vor allem müssen nämlich sorgfältig geplant und eingeübt werden. Viel ist in diesem Zusammenhang die Rede von Binnendifferenzierung und Individualisierung - jede einzelne Schülerin/jeder einzelne Schüler soll sich in ihrem bzw. seinem persönlichen Lerntempo innerhalb des Gruppen- oder Klassenverbandes entwickeln können. Diese Konzepte laufen Gefahr, nicht mehr als leere Formeln zu bleiben, wenn die aktuellen Klassenfrequenzen und Gruppengrößen nicht verringert werden, wenn die Lehrkräfte nicht genügend Zeit erhalten, um ihr Lehrangebot den veränderten Anforderungen optimal anzupassen. Neben diesen allgemeinen Überlegungen muss betont werden, dass der Entwicklung personaler und sozialer Kompetenzen von SchülerInnen hier besondere Bedeutung zukommt. Sozial kompetente SchülerInnen sind teamfähig und können ihre Lernprozesse selbstständig organisieren. In ihrer Identität starke SchülerInnen lernen besser und erfolgreicher. Selbstbewusstsein, Ich-Stärke, soziale und personale Kompetenz werden an vielen Berliner Schulen im Rahmen des Sozialen Lernens entwickelt und trainiert. Soziales Lernen ist Teil eines erweiterten Lernbegriffs, der die Entwicklung von Handlungskompetenz zum Ziel hat und die Grundlage toleranten und friedfertigen Zusammenlebens ist. Dazu tragen wesentliche Schlüs-

selkompetenzen bei, wie Sach-, Methoden-, personale und soziale Kompetenz. Die Überzeugung, dass Teamarbeit und Kooperationsfähigkeit entwickelt und trainiert werden müssen, verleiht der sozialen Kompetenz eine besondere Bedeutung. Konstruktives Arbeiten, ob im Team oder in lockerer Zusammenarbeit, erfordert Kommunikationsfähigkeit, Fähigkeit zum Perspektivwechsel und Konfliktfähigkeit sowie eine grundsätzliche Befürwortung partizipativer Diskussions- und Arbeitsformen. Das hängt eng zusammen mit der Entwicklung und Stärkung der personalen Kompetenz, also zum Beispiel der Fähigkeit zur Organisation des eigenen Lernprozesses, zur Entwicklung von Lösungsstrategien, der Bereitschaft, Hilfe anzunehmen und Hilfe zu geben etc. Im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass Soziales Lernen Teil eines jeden Unterrichts ist, also die tägliche Aufgabe aller PädagogInnen. Dennoch entwickeln sich soziale Kompetenzen nicht von selbst. Lernen muss immer so organisiert werden, dass niemand gezielt benachteiligt wird, Diskriminierungen unterbleiben, individuelle Ermutigung und Anerkennung erfolgt. Agieren und vor allem Reagieren im Unterricht steht meist unter hohem zeitlichem Druck, es ist, wie sich oft zeigt, nicht nachhaltig, weil - nicht zuletzt wegen dieses Zeitdrucks - oft mehr Belehrung als auf Einsicht zielend. Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, bei einem Konflikt selbst Ideen für die Lösung zu entwickeln und diese zu erproben - Soziales Lernen ist zugleich Gewaltprävention. Sie müssen lernen, Schritt für Schritt Verantwortung für ihr Miteinander zu übernehmen. Diese Prozesse müssen im Schulleben angeregt und pädagogisch begleitet werden, damit aus sozial kompetenten SchülerInnen sozial kompetente Erwachsene werden.

Maßgeblich beteiligt an der Ausarbeitung und Verbreitung der Angebote zum Sozialen Lernen war die vor einem Jahr verstorbene Reinickendorfer Studienrätin Dr. Helga Moericke, indem sie die an vielen Schulen bereits praktizierte Arbeit zur Stärkung der Mädchen zum Berliner Konzept des Sozialen Lernens für Mädchen und Jungen weiterentwickelte und durch Fortbildungen und Supervision begleitete. Die Reinickendorfer Lehrerinnen hatten Helga Moericke für den Berliner Frauenpreis 2008 vorgeschlagen. Dieser Vorschlag konnte leider nicht mehr berücksichtigt werden, da Frau Moericke im Januar 2008 verstorben ist, aber die Mitglieder der Jury sprachen sich dafür aus, dass ihr eine angemessene Ehrung in anderer Form zuteil werden sollte.

Der Verein frauen+schule Berlin/Brandenburg e.V. hat deshalb den Helga-Moericke-Preis für Soziales Lernen ins Leben gerufen, der im Jahr 2009 erstmals ausgelobt wird. Unter der Schirmherrschaft von Staatssekretärin Almut Nehring-Venus soll die Beispiel gebende Umsetzung des Sozialen Lernens im schulischen Alltag ausgezeichnet werden. Bewerben können sich bis zum 30. April 2009 Pädagoginnen und Pädagogen, Teams oder Kollegien, deren Arbeit im Bereich des Sozialen Lernens langfristig konzipiert und durch Regelmäßigkeit verlässlich ist und sich als nachhaltig erweist. Der LFR Berlin wird sein Oktober-Treffen dem Thema Soziales Lernen widmen. Wir wollen das Konzept dann nicht nur an bewährten praktischen Beispielen vorstellen, sondern hoffentlich auch den PreisträgerInnen die Möglichkeit geben, von ihrer Arbeit zu berichten.

Christin Grohn-Menard,
frauen+schule Berlin/Brandenburg

Weitere Informationen zum Preis für Soziales Lernen finden Interessenten unter www.frauen-und-schule-berlin-brandenburg.de im Internet.



Helga-Moericke-Preis für Soziales Lernen



So viele Kinder betreuen die Berliner Kitas

♦ Am 15. März 2008 wurden in den 1.798 Berliner Kindertageseinrichtungen genau 113.724 Kinder betreut. Laut einer Zählung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg sind dies 3.737 Kinder oder 3,4 Prozent mehr als am 15. März 2007. Daraus geht auch hervor, dass 32.732 (28,8 Prozent) der betreuten Knirpse jünger waren als drei Jahre und 80.984 (71,2 Prozent) zwischen drei bis acht Jahre (ohne Hortbetreuung) alt waren. Die Eltern von 65.494 Kindern hatten mit der Kita eine Ganztagsbetreuung vereinbart, das bedeutet, dass ihre Kinder sieben Stunden und länger in der Kita betreut werden. Dagegen besuchten 12.719 Mädchen und Jungen ihre Kita täglich bis zu fünf Stunden, 35.508 Kinder fünf bis sieben Stunden. Für berlinweit nur drei Kinder wurde eine Vor- und Nachmittagsbetreuung ohne Mittagsbetreuung vereinbart, 99 Prozent aller Kita-Kinder

ließen demnach in der Kindereinrichtung zu Mittag.

29 Tagesväter

Am 15. März 2008 wurden in Berlin ferner 4.569 Kinder, 219 Kinder mehr als am Stichtag 2007, in öffentlich geförderter Kindertagespflege, also durch Tagesmütter oder Tagesväter, betreut. Von diesen Kindern waren 8 Prozent noch kein Jahr alt, 36 Prozent waren ein bis zwei Jahre alt, 26,8 Prozent zwei bis drei Jahre und 29,2 Prozent zwischen drei und 14 Jahren. Genau 29 von den insgesamt 1.324 Tagespflegepersonen sind Tagesväter. Ein Jahr zuvor hatten die Jugendämter 1.311 Tagespflegepersonen gemeldet (38 Tagesväter). Tagespflegepersonen waren für nur 27 Kinder die Großeltern oder andere Verwandte. Die Eltern von 2.001 Kindern nutzten eine durchschnittliche Betreuungszeit von sieben und mehr Stunden.

Frauenbündnis für Gesine Schwan

♦ Unter dem Motto „Gleichstellung JETZT!“ hat die Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete und LFR-Vorstandsfrau Mechthild Rawert Ende Februar zur Gründung eines Frauenbündnisses für Gesine Schwan aufgerufen. „Wir wollen viele Frauen - auch außerhalb der Sozialdemokratie - ermutigen und gewinnen, die Kandidatur von Gesine Schwan als Bundespräsidentin zu unterstützen“, heißt es in dem Aufruf. „Eine erkennbare parteiübergreifende öffentliche Unterstützung ist dringend geboten! Wir müssen den Wahlfrauen und Wahlmännern verdeutlichen: Es ist Zeit! Wir wollen eine Frau, eine hochkompetente Frau im höchsten Amt!“ Mit Gesine Schwan können interessierte Frauen bei einer Diskussionsveranstaltung am 3. April 2009 um 19.30 Uhr im Willy-Brandt-Saal des Rathauses Schöneberg ins Gespräch kommen. Frauenverbände, Frauenprojekte und Frauengruppen können als Miteinladende das zu schmiedende Frauenbündnis unterstützen. Das Motto der Veranstaltung: „FRAUEN MACHT POLITIK!“ „Frauenpolitische Forderungen brauchen frauenbewegende und frauenbe-

wegte Signale!“ so der Aufruf. Mechthild Rawert: „Ich bitte darum, dass sich Frauen als Verbände-, Organisations- und Vereinsvertreterinnen und als Individuen für die Erste Frau im Staate stark machen.“ Sie verweist darauf, dass das Grundrecht „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“ (Grundgesetz Art. 3) und dessen Ergänzung „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“ 1994 durch starke Frauenbündnisse über Parteilinien hinweg zu Stande gekommen sind. „Wir kämpfen dafür, dass beim 60. Verfassungsjubiläum am 23. Mai 2009 der Verfassungsauftrag ‚Frauen und Männer sind gleichberechtigt‘ umgesetzt wird.“ Interessierte Gruppen, Verbände und Personen können sich direkt im Wahlkreisbüro von Mechthild Rawert, Friedrich-Wilhelm-Straße 86, 12099 Berlin-Tempelhof, oder telefonisch unter 72 01-38 84, Fax: -3994, Email: mechthild.rawert@wk.bundestag.de melden.

Mehr Infos auch unter www.mechthild-rawert.de im Internet.

Tipps + Tipps + Tipps

Infos zu MINT-Berufen

♦ Um mehr Frauen für die MINT-Berufe zu gewinnen, hat die Website des Nationalen Pakts für Frauen in MINT-Berufen jetzt auf neuen Seiten konkrete Tipps und Handlungsempfehlungen zusammengestellt. Eine bundesweite Übersicht über MINT-Projekte und Initiativen vervollständigt das Angebot. Die Website www.komm-mach-mint.de ist die zentrale Anlaufstelle für Schülerinnen und Studentinnen, Eltern und Lehrkräfte aber auch für Unternehmen zu den Themen MINT-Studienfächer, MINT-Berufe und weibliche Nachwuchskräfte. So berichtet alle vier Wochen eine „Studentin des Monats“ über ihre Erfahrungen im MINT-Studium, neue MINT-Studiengänge werden vorgestellt. Ein aktueller Veranstaltungskalender informiert über Veranstaltungen und Messen. Auf einer Projektlandkarte können Schülerinnen und Studentinnen bundesweit aus über 540 Veranstaltungen, Projekten und Schnuppertagen zu Zukunftsperspektiven und Berufseinstieg auswählen. Für Lehrkräfte stehen Linklisten zu Experimenten und Unterrichtsideen zur Verfügung. Eltern können sich über die Berufsmöglichkeiten ihrer Töchter in MINT-Berufen informieren. Interessierte Unternehmen und Organisationen erhalten Informationen über ihre Beteiligungsmöglichkeiten. Die Erstellung eigener Nutzerprofile fördert die gezielte Vernetzung mit anderen MINT-Interessierten, Foren und Blogs ermöglichen sich auszutauschen. Der Nationale Pakt für Frauen in MINT-Berufen ist ein Bündnis von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Medien und soll das Bild der MINT-Berufe in der Gesellschaft verändern, junge Frauen für naturwissenschaftliche und technische Studiengänge begeistern sowie Hochschulabsolventinnen für Karrieren in der Wirtschaft gewinnen. www.komm-mach-mint.de

Mehr Tipps finden Sie auf www.lfr-berlin.de

Eine Institution feiert Geburtstag

Silberjubiläum für Gleichstellungsstelle der SPD-Fraktion

♦ Am 8. März 1984 war die Geburtsstunde der Gleichstellungsstelle der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Gründerin und erste Leiterin war Helga Korthaase - dem LandesFrauenRat später auch bestens bekannt als Vorsitzende in den Jahren 1995 bis 1998.

Die Arbeit der Gleichstellungsstelle war in den ersten Jahren vor allem durch ihre Funktion als Anlaufstelle für Frauen geprägt. Helga Korthaase bot abwechselnd mit den anderen SPD-Frauen im Abgeordnetenhaus und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) regelmäßig Sprechzeiten an. Die Adresse war das Ladenlokal am Seiteneingang des Kurt-Schumacher-Hauses in der Müllerstraße 163/Ecke Burgdorfstraße im Wedding.

Schon im ersten Info-Flugblatt der Gleichstellungsstelle - kurz GSS - war zu lesen, für wen sie sich verantwortlich fühlt. Für Frauen und Mädchen, die sich in

- ▷ Ausbildung und Beruf
- ▷ Partnerschaft und Familie
- ▷ im öffentlichen Leben
- ▷ in ihrer sozialen Situation

benachteiligt fühlen und Hilfe und Beratung brauchen, Information und Auskünfte haben möchten oder auch nur einfach eine Beschwerde loswerden wollen. Danach gehören zu den Eckpunkten der GSS-Arbeit:

- ▷ Aufklärungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
- ▷ Umsetzung von Kritik und Anregungen in parlamentarische Initiativen
- ▷ Kontaktpflege zu Frauengruppen, Frauenprojekten und -verbänden.

„Grundprinzip unserer Arbeit ist die Parteilichkeit für Frauen“, heißt es. Themenschwerpunkte waren von Anfang an: Gleichstellungsgesetze, Frauenförderpläne, Frauenbeauftragte/-vertreterinnen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, § 218. Auch andere Elemente der Frauenbewegung, wie zum Beispiel Aufbau „alternativer“ Strukturen, Gründung von Frauenprojekten und Aufbau von Frauennetzwerken spielten eine zentrale Rolle. Im Gründungsjahr 1984 gab es noch keine SPD-Quote. Die kam erst 1988.

Der Fraktion gehörten „seinerzeit“ bei insgesamt 51 Mitgliedern gerade mal sechs Frauen an. Anfang 1989 übernahm Ingrid Holzhüter die Leitung der Gleichstellungsstelle. Die Fraktion hatte nun 55 Mitglieder und darunter befanden sich 21 Frauen: Die Quote wirkte!

Spannend war im Frühjahr 1989 aus frauenpolitischer Sicht zunächst die rot-alternative Regierung. Der Senat wurde Feminat und die acht Senatorinnen trafen sich regelmäßig zum

nicht nur die Hälfte des Himmels, sondern auch die Hälfte des Haushalts“ zusteht.

Die Themen, die die Gleichstellungsstelle bearbeitet hat, reichen von der Darstellung von Mädchen in Berliner Grundschullesebüchern bis hin zu weiblicher Altersarmut. Zentral war das so genannte Landesantidiskriminierungsgesetz, das am Ende der vorzeitig beendeten 11. Wahlperiode noch in zweiter Lesung verabschiedet wurde, aber erst 1991 in der Großen



Hexenfrühstück. Noch ahnte niemand, dass im Herbst 1989 die Mauer fallen würde. Schon ein halbes Jahr später ging es um Themen wie „Frauenrechte in die neue Landesverfassung“, § 218 im „einig Mutterland“, Erhalt der Fraueninfrastruktur West und Ausbau von Angeboten für Frauen im Ostteil der Stadt.

In der „Holzhüter-Ära“ war die Arbeit der Gleichstellungsstelle durch zwei Umzüge und viele Umbrüche gekennzeichnet. Nach einer „Zwischenlandung“ im Rathaus Schöneberg fand die GSS 1994 im Preussischen Landtag ihre endgültige Heimatadresse. Die Schwerpunkte verlagerten sich auf das parlamentarische Standbein und ein zusätzlicher Eckpunkt der GSS-Arbeit kam in den Vordergrund: die Kontrolle von Vorhaben und Programmen des Senats auf die Berücksichtigung der Belange von Frauen. Ingrid Holzhüter, die auch Haushaltspolitikerin war, vertrat mit großer Vehemenz die Auffassung, dass „den Frauen

Koalition und unter dem Namen Landesgleichstellungsgesetz (LGG) in Kraft trat.

1994 folgte die erfahrene Frauenpolitikerin Ulrike Neumann als GSS-Leiterin. Sie hat sich gezielt und entsprechend der Forderung des SPD-Grundsatzprogramms „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“ für die Umsetzung der Gleichstellungspolitik eingesetzt. Wie ihre beiden Vorgängerinnen, die für jeweils etwa fünf Jahre amtierten, setzt sie seit nunmehr fast 15 Jahren die Akzente. Mit ihr fing eine Zeit an, in der sich Frauen- und Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe für alle politischen Bereiche durchsetzte. Die wichtigste gleichstellungspolitische Forderung von Ulrike Neumann war und ist die enge Verknüpfung der Arbeits- und Wirtschaftspolitik mit Frauenpolitik. Mit Verve hat sie sich schon zu einer Zeit, als es Gender Mainstreaming und Gender Budgeting **weiter auf Seite 19**

Tagung „Beziehungsweisen“

♦ Unter dem Motto „Gleichstellung Weiter Denken“ hat der Berliner Senat das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm (GPR) im November 2007 erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Die Tagung „Beziehungsweisen: Geschlechterverhältnisse im Wandel“ am 29. April will die Diskussion weiterführen. Im Mittelpunkt stehen diesmal die Veränderungen in den Beziehungen der Geschlechter. Facetten und Ausprägungen dieses Wandels sollen beleuchtet und die Bedeutung künftiger Tendenzen für das politische Handeln befragt werden.

„Die Verhältnisse der Geschlechter sind von großer Dynamik wie von Ungleichzeitigkeiten geprägt“, betont Dr. Gabriele Kämper von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen. Für sie ist klar: „Frauen haben sich Rechte und Handlungsräume in der Gesellschaft erkämpft, Ausbildung, Beruf, Partnerschaft und Familie und Engagement in der Gesellschaft sind für immer mehr Frauen selbstverständliche Optionen. Männer haben die Erfolge der Gleichberechtigung lange als Verlust eigener Privilegien erlebt. Doch jetzt beginnen auch immer mehr Männer zu entdecken, dass es für gelungene und gleichberechtigte Beziehungen des Partnerschaftlichen Engagements aller Beteiligten bedarf.“ Frauen wie Männer wollten Selbstbestimmung und Unab-

hängigkeit, Verlässlichkeit und Sicherheit, Flexibilität und Kontinuität für ihren persönlichen Lebensplan miteinander vereinen. Dr. Kämper: „Die Balance verschiedener Erwartungen und Anforderungen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Das hat prägende Auswirkungen auf die Rollenverständnisse der Geschlechter.“ Das eigene Selbstbild und die Erwartungen an eine Partnerschaft hätten sich bei Frauen wie auch Männern inzwischen gewandelt.

Bei der Tagung wollen zwei Hauptreferate den Wandel der Geschlechterverhältnisse historisch einordnen und künftige Perspektiven in den Blick nehmen. Die weiteren Referate besprechen die unterschiedlichen Ausprägungen unter den Aspekten sozialer, regionaler und nationaler Herkunft. Die Tagung „Beziehungsweisen: Geschlechterverhältnisse im Wandel“ findet in der Zeit von 9 bis 17 Uhr im Grand City Firstclass Hotel Berlin-Mitte, Osloer Straße 116 a, 13359 Berlin, statt. Das ausführliche Programm will die Senatsfrauenverwaltung Ende März veröffentlichen. Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus wird am 20. April 2009 bei der LFR-Mitgliederversammlung um 18 Uhr im UCW unter anderem über die Umsetzung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms und die neuerliche Tagung Auskunft geben. **sbr**

Vorstellung: Projekt JUMP in MINT

♦ Die Gleichstellungsbeauftragte des Bezirks Treptow-Köpenick Christiane Hartmann-Kraatz lädt am 8. April zur Vorstellung des Jugend Mentoring Programms JUMP in MINT ein. MINT steht für Mathematik, Informationstechnik, Naturwissenschaft, Technologie, Energie und Handwerk – und damit für spannende und zukunftsweisende Berufe. JUMP in MINT will angehende Ingenieurinnen, Tischlerinnen, Programmiererinnen, Mechanikerinnen oder Feuerwehrfrauen unterstützen. Das Programm will Mädchen ermutigen, zukunftsweisende Bereiche für sich zu erobern, die bis heute Männerdomänen sind. Erstmals ist es im April 2006 gestartet, am 8. Mai 2009 beginnt die vierte

Runde. Dafür werden Mentorinnen gesucht, die eine 14- bis 15-jährige Schülerin auf ihrem Weg in eine traditionell von Männern dominierte Fachwelt über ein Jahr begleiten. Zusätzlich können die Mentees in Workshops ihre Kompetenzen weiterentwickeln. Die Informationsveranstaltung beginnt um 15 Uhr im Rathaus Köpenick, Ratssaal, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin. Dann stellen Sabine Klentz, Deutsche Telekom AG, Beauftragte für Diversity aus Schwerin, und Christine Seidel, PMP, Senior Project Manager bei der T-Systems Enterprise Services GmbH in Berlin, das JUMP in MINT Programm genauer vor. Weitere Information bei Christiane Hartmann-Kraatz unter 902 97-23 09.

GSS-Geburtstag

weiter von Seite 18

noch gar nicht gab, für die dementprechenden politischen Strategien und Konzepte eingesetzt. Bis heute erfordern die politische Umsetzung und Kontrolle der gesetzlichen Bestimmungen in diesem Bereich viel Kraft. Öffentlichkeitswirksam waren von 1988 bis 1997 die jährlichen Chauvi-Preisverleihungen als plastisches Beispiel alltäglicher Diskriminierung. Leider hatten die letzten Chauvis als „würdige Vertreter männlicher Selbstüberschätzung“ nicht die Größe, zur Preisverleihung zu erscheinen. Politisch wichtiger war die Initiative von Parlamentarierinnen zur Stiftung eines positiven Preises zur Sichtbarmachung von Frauen und ihren Leistungen: Dass die Louise-Schroeder-Medaille nach zähem Ringen durchgesetzt wurde, ist vor allem der Arbeit Ulrike Neumanns zu verdanken. 1998 wurde die Medaille das erste Mal vergeben.

Weitere Themenschwerpunkte waren und sind die Finanzierung von Projekten und Initiativen, der Aktionsplan gegen Gewalt, die Entkriminalisierung der Prostitution, aber auch Initiativen gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsheirat.

Gleichstellungspolitik ist noch lange nicht am Ziel angelangt, denn noch immer erhalten Frauen weniger Lohn und haben schlechtere Aufstiegschancen als Männer. In der Politik und vor allem in der Wirtschaft ist es nach wie vor keine Selbstverständlichkeit, dass Frauen und Männer gleichermaßen vertreten sind. „Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Das Land ist verpflichtet, die Gleichstellung und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern herzustellen und zu sichern. Zum Ausgleich bestehender Ungleichheiten sind Maßnahmen zur Förderung zulässig.“ So steht es in Artikel 10 Absatz 3 der Verfassung von Berlin. Nichts weniger als das Erreichen dieses Ziels hat sich die GSS auf ihre Fahnen geschrieben, und sie wird weiterhin den Finger auf die Wunde legen. Wir gratulieren zum Jubiläum und wünschen weiter langen Atem und ordentlich Frauenpower.

Barbara Scheffer und Ulla Buntjen, beide stv. AsF-Landesvorsitzende

Finanzierung künstlicher Befruchtung ist auch Familienpolitik der Zukunft

von Mechthild Rawert, MdB

♦ Künstliche Befruchtungen sind gegenwärtig ein heiß diskutiertes Thema - und das nicht wegen der kürzlich geborenen Achtlinge in den USA. Vielmehr geht es in der jüngsten Diskussion um die Frage, inwieweit die finanzielle Unterstützung von kinderlosen Paaren für eine künstliche Befruchtung Sache der Gesundheitspolitik und/oder der Familienpolitik ist. Wer meint, dieses Thema berühre nur wenige Menschen in Deutschland, irrt: Schätzungen zufolge sind bis zu 15 Prozent der Paare mit Kinderwunsch in Deutschland kinderlos. Viele suchen in den verschiedensten Möglichkeiten der künstlichen Befruchtung eine oft letzte Chance auf ein Familienglück.

Meine Position in dieser Frage habe ich in der Plenardebatte zum Thema „Künstliche Befruchtung“ am 12. Februar 2009 und schon im März vergangenen Jahres deutlich gemacht: Aus meiner Sicht darf die finanzielle Unterstützung bei künstlicher Befruchtung nicht nur eine gesundheitspolitische Aufgabe bleiben, sondern muss auch als familienpolitischer Auftrag verstanden werden.

Wir wollen lieber mehr als weniger Kinder. Was liegt da näher, als die Menschen, die sich bewusst für Kinder entschieden haben, aber (noch) keine bekommen können, in ihrem Vorhaben zu unterstützen. Ich habe deshalb in der Debatte Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen zum Umdenken in dieser Frage aufgefordert. Die Reaktion folgte auf dem Fuße: So kündigte die Politikerin an, sich für mehr staatliche Hilfen bei künstlichen Befruchtungen in ihrem Ministerium stark zu machen.

Die Erfüllung des Kinderwunsches darf letztlich nicht vom Portemonnaie abhängen. Sollte es eine rein gesundheitspolitische Aufgabe bleiben, besteht diese Gefahr aber: Die gesetzlichen Krankenkassen, denen neun von zehn Versicherten angehören, zahlen seit 2004 nur bei den ersten drei In-vitro-Behandlungsversuchen die Hälfte der Kosten.

Darüber hinaus sind der Kostenübernahme noch andere Grenzen gesetzt: So gelten für Frauen und Männer Altersgrenzen. Zudem müssen die Paare verheiratet sein - aus meiner Sicht angesichts der vielen Paare ohne Trauschein, angesichts des Kinderwunsches von lesbischen und schwulen Paaren eine nicht mehr zeitgemäße Einschränkung. Nun geht das Bundesland Sachsen einen eigenen familienpolitischen Sonderweg. Danach erhalten in Sachsen lebende verheiratete kinderlose Paare bei künstlicher Befruchtung ab dem 1. März 2009 zusätzliche Pauschalen: So zahlt der Freistaat etwa 800 bis 900 Euro für den zweiten bis dritten Versuch, für den vierten Anlauf zwischen 1.900 und 2.600 Euro. Die

Wieder aufgestellt

♦ Die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert wird bei der Bundestagswahl am 27. September erneut als Direktkandidatin der SPD in Tempelhof-Schöneberg antreten. Im ersten Wahlgang erhielt sie auf der Wahlkreisversammlung am 28. Februar 70 Stimmen, ihr Gegenkandidat Serge Embacher kam auf 59 Stimmen. Die 1957 in Coesfeld geborene Diplom-Pädagogin lebt seit ihrem 23. Lebensjahr in Berlin. 2005 zog sie als direkt gewählte Abgeordnete in den Bundestag ein.

Höhe der aus Landesmitteln erfolgenden Zuzahlungen hängt von der jeweiligen Methode ab. Kosten für Versuche darüber hinaus sind selbst zu tragen. Das Land Berlin wird ähnliche Programme in unmittelbarer Zukunft aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht auflegen können. Der Nachteil unterschiedlicher Bundesländer-Regelungen ist, dass ein bundesweiter Flickenteppich entsteht. Auch um das zu vermeiden, wäre es hilfreich, wenn Frau von der Leyen hierfür aus ihrem Etat weitere Mittel bereitstellt.

Bei der Diskussion um den richtigen Weg darf nicht vergessen werden: Viele Faktoren spielen für eine erfolgreiche künstliche Befruchtung eine Rolle. Neben dem finanziellen Aufwand (die durchschnittlichen Kosten bewegen sich zwischen 3.000 und 3.600 Euro) entscheiden auch das Alter und die gesundheitliche Verfassung über Erfolg und Misserfolg. Vor allem die psychische und physische Belastung der Frauen und Männer ist während einer Behandlung enorm hoch. Nicht selten sind es seelische Gründe, die einer Schwangerschaft im Wege stehen. Hier helfen in vorbildlicher Weise - auch in Berlin - Selbsthilfegruppen weiter.

Außerdem kommt es mit der Verbreitung der so genannten assistierten Reproduktion zu vermehrten Mehrlingsschwangerschaften. Insgesamt 40 Prozent der Kinder, die in Deutschland nach assistierter Reproduktion geboren werden, sind Mehrlinge. Das Problem dabei: Das Gesundheitsrisiko für Mutter (erhöhtes Risiko für Kaiserschnittentbindung) und Kinder (Reifungsdefizite, niedriges Geburtsgewicht, Kindstod und Behinderung) steigt bei Mehrlingsgeburten deutlich. Bei allen medizinischen Möglichkeiten der Moderne: Die Hauptursache für ungewollte Kinderlosigkeit ist und bleibt die Verschiebung der Familienplanung in spätere Lebensphasen. Auch hier muss die Politik klare Kante zeigen. Frauen und Männern muss es gleichermaßen ermöglicht werden, Karriere und Familie besser unter einen Hut bekommen. Doch noch ist auch hier nicht das Ende der Fahnenstange erreicht: Nach wie vor sind es die Frauen, die für Familie und Haushalt hauptverantwortlich sind. Nach wie vor sind sie es, die den Großteil der Elternzeit nehmen und dafür aus dem Beruf aussteigen. Wir brauchen ein neues Verständnis von Familie: Eines von zwei gleichberechtigten Partnern, für die Kinder nicht zum Karrierehemmnis werden und im schlimmsten Fall den Ausstieg aus dem Erwerbsleben bedeuten.

30 Jahre CEDAW: Staaten- und Schattenbericht

♦ Die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW), das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18.12.1979, wird 2009 runde 30 Jahre alt. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Charta ratifiziert und inzwischen den 6. Staatenbericht dazu verfasst.

Trotz weiterer Fortschritte gibt es aber nach wie vor Mängel bei der Geschlechtergerechtigkeit und der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland: Am 15. Dezember 2008 hat eine Allianz aus 29 Frauenorganisationen dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) deshalb wieder den Alternativbericht zum aktuellen Staatenbericht überreicht, der dann dem CEDAW-Ausschuss bei seiner 43. Sitzung im Januar 2009 in Genf präsentiert wurde. Die Alternativberichte weisen regelmäßig auf Defizite und Missstände hin, die der CEDAW-Ausschuss als Basis für Empfehlungen an die Regierungen nimmt.

Zentrale Themen des deutschen Alternativberichts sind Arbeitsmarkt, Gesundheit, Rollenstereotype, Familienpolitik und Gewalt gegen Frauen. Er geht kritisch auf die Darstellung der Bundesregierung zur Erfüllung der Vorgaben der CEDAW-Konvention und deren tatsächlicher Umsetzung ein - und stellt der Frauenpolitik in Deutschland schlechte Noten aus: Der Gleichstellungspolitik mangelt es an Zielorientierung, sie reduziert sich fast ausschließlich auf Familienpolitik, in bedeutsamen Lebensbereichen hat sich die Situation von Frauen verschlechtert, deutliche Mängel sind bei der Antidiskriminierungspolitik und in der Umsetzung der Gender Mainstreaming-Strategie auszumachen. Trotz aller positiven Maßnahmen kämpfen Frauen auf dem Arbeitsmarkt mit erheblichen Benachteiligungen, Maßnahmen gegen Gewalt greifen nicht für alle Frauen, in Werbung und Medien dominieren peinliche Rollenstereotype und es gibt nach wie vor keine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung. Nicht zuletzt fehlt es an Gleichstellungs-

maßnahmen für Lesben, intersexuelle und transsexuelle Frauen.

Als Berliner Einrichtung hat sich BIG (Hotline für von Gewalt betroffene Frauen) an der Diskussion und dem Verfassen des Berichts speziell zu den Themen häusliche Gewalt, Gewaltschutzgesetz und Sorge-/Umgangsrecht beteiligt. Der Verein Intersexuelle Menschen e.V. hat einen eigenen CEDAW-Schattenbericht vorgelegt. Damit will er über die physische, psychische und soziale Situation intersexueller Menschen in Deutschland aufklären.

Bei seiner Genfer Sitzung befragte der Ausschuss der UN-Frauenrechtskonvention die Bundesregierung zu ihrem Staatenbericht. Dabei mahnten die Ausschussmitglieder an, dass das CEDAW-Abkommen in der Bundesrepublik bekannter gemacht werden müsse und mehr Eingang in die Rechtspraxis finden solle. Ferner empfahl der Ausschuss, das Allgemeine

Gleichbehandlungsgesetz (AGG) CEDAW-konform zu überarbeiten. Angeregt durch die Alternativberichte und die Anhörungen der Allianz der Frauenorganisationen befragte der Ausschuss die Regierungsdelegation auch zu Themen wie Frauen in Führungspositionen, die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen, Transsexualität, Intersexualität, die Situation von Mädchen in Haft, die gesundheitliche Versorgung von Gewalt betroffenen Frauen, die Finanzierung von Frauenhäusern, die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes und das Umgangsrecht für gewalttätige Väter. Der CEDAW-Ausschuss beharrte auf der koordinierten Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting als Instrumente der Gleichstellungspolitik. Er gab zu bedenken, dass die familienpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung letztlich zu einer Verfestigung traditioneller Rollenbilder beitragen könnten. sbr

Hanna-Beate Schöpp-Schilling ausgezeichnet

♦ Dr. Hanna-Beate Schöpp-Schilling hat am 28. Januar den Margherita-von-Brentano-Preis erhalten. Mit diesem Preis zeichnet die Freie Universität Berlin ihr langjähriges und außerordentliches Engagement als Sachverständige im Vertragsausschuss der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) aus. Seit 1995 verleiht die FU den Margherita-von-Brentano-Preis an Menschen, die sich in besonderem Maße in der Frauenförderung und Geschlechterforschung verdient gemacht haben. In ihrer Funktion hat Schöpp-Schilling besonders durch aktive Mitarbeit auf internationalen Konferenzen und wissenschaftliche Veröffentlichungen dazu beigetragen, dass die Konvention weltweit verbreitet wurde und von Frauenorganisationen überall in der Welt effektiv genutzt wird.

Hanna-Beate Schöpp-Schilling studierte Amerikanistik/Anglistik und Germanistik an der FU Berlin. Sie promovierte dort und war als Assistentin und Assistenzprofessorin für

amerikanische Literatur und Kultur tätig. Von 1987 bis 1992 war die Preisträgerin Leiterin der Abteilung Frauenpolitik des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und hat in dieser Position die Abteilung Gleichstellung aufgebaut und geleitet. Von 1989 bis 2008 war Schöpp-Schilling CEDAW-Mitglied. Bei der Preisverleihung ehrten die Bundesministerin a. D., Professorin Rita Süssmuth, und der Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Professor Heiner Bielefeldt, Schöpp-Schilling für ihr unermüdliches Engagement im Kampf um die Rechte der Frau. Rita Süssmuth würdigte ihre ehemalige Mitarbeiterin als langjährige Mitstreiterin in gemeinsamer Sache. „Ich bin Feministin“, sagte die 68-jährige Schöpp-Schilling. „Und Feminismus bedeutet nun einmal, zu erkennen, dass die herrschenden Verhältnisse von patriarchalischen Strukturen bestimmt sind.“ Der Margherita-von-Brentano-Preis ist mit 11.000 Euro einer der höchstdotierten Auszeichnungen zur Frauenförderung.

Verbände für qualifizierte freiwillige Beratung

♦ In einem Offenen Brief an den Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Rechts- und den Gesundheitsausschuss haben sich zwölf Organisationen und Verbände gegen jede Verschärfung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes und für eine qualifizierte freiwillige Beratung ausgesprochen. „Eine Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes wird die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche nach medizinischer Indikation nicht senken“, heißt es in dem Offenen Brief vom 10. Februar, den unter anderem der pro familia Bundesverband, der AWO Bundesverband, die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) kommunaler Frauenbüros, die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), der Bundesverband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und das Berliner Familienplanungszentrum Balance unterzeichnet haben. Hintergrund ist, dass in den Bundestagsausschüssen derzeit über verschiedene Vorschläge einer gesetzlichen Neuregelung für den Schwangerschaftsabbruch nach medizinischer Indikation beraten wird. Die Unterzeichner äußern „massive datenschutzrechtliche Bedenken gegen die im Antrag der CDU-CSU-

Fraktion geforderte Prüfung der ärztlichen Dokumentation durch eine Landesbehörde“. Sie sehen, dass wegen der Seltenheit der Fälle in einer Region „die Anonymität und die sozialen Daten der betroffenen Frau – ihres Partners und möglicherweise auch ihrer Familie – nicht mehr gewährleistet sind“. Daher fordern sie die beteiligten Politikerinnen und Politiker auf, ihre Positionen noch einmal zu überdenken.

„Die Auffassung, eine per Gesetz festgeschriebene Pflichtberatung durch Ärzte und Ärztinnen, eine genaue Erfassung der Daten der Schwangeren zur Weitergabe an die jeweilige Landesbehörde und eine staatlich vorgeschriebene Wartezeit von drei Tagen könne etwas an der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche im späten Stadium ändern, unterstellt betroffenen Frauen und Paaren, sie würden sich leichtfertig für diesen Weg entscheiden“, so der Offene Brief. „Zu pränatalen Untersuchungen müssen Frauen auch ‚Nein‘ sagen können. Wenn sie jedoch einen ‚auffälligen‘ Befund erhalten, versuchen sie, eine für sich selbst tragbare und für die ganze Familie verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen. Ihnen muss auf freiwilliger Basis ein qualifiziertes psy-

chosoziales Beratungsangebot zur Unterstützung bekannt sein und unbürokratisch zur Verfügung stehen. Sie brauchen in jeden Fall Verständnis, Empathie, Trost und Informationen für ihre Entscheidung. Was sie nicht brauchen, sind von Bußgeld bedrohte Ärzte und Ärztinnen, die gezwungen sind, sie nach staatlicher Vorschrift beraten zu müssen. Sie brauchen auch keine gesetzlich verpflichtende Wartezeit. Ausschlaggebend für die Wartezeit muss einzig und allein der Gesundheitszustand der Frau sein“, betonen die Unterzeichnenden. Sie vermuten, dass künftig erschwerende Bedingungen für Frauen in Deutschland zu höheren Abbruchzahlen im Ausland führen. Für sie ist klar: „Die Annahme eines kranken oder behinderten Kindes wird vor allem dann gelingen können, wenn sich Frauen und Paare psychisch und physisch fähig dazu fühlen und dazu auch ökonomisch in der Lage sehen. Menschen und Kinder mit Behinderung und diejenigen, die sie betreuen, brauchen unser aller Unterstützung, aber vor allem auch bessere und gezieltere staatliche Förderung als bisher. Sie brauchen eine Gesellschaft, die sie integriert und in der Teilhabe selbstverständlich ist.“

Charta der Vielfalt zählt 500 Mitglieder

♦ Die Charta der Vielfalt ist rasant gewachsen: Seit der Gründung im Dezember 2006 haben sich ihr 500 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen und Organisationen, darunter auch der LandesFrauenRat Berlin, angeschlossen. Die Charta erreicht damit insgesamt über vier Millionen Menschen und ist damit eines der größten Unternehmensnetzwerke in Deutschland.

„Immer mehr Unternehmen fördern die Vielfalt der Gesellschaft in der Unternehmenskultur und der Beschäftigungsstruktur. Das wirkt sich positiv auf die Integration von Menschen mit Zuwanderungshintergrund aus“, betonte die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, anlässlich des zwei-

jährigen Bestehens der Charta. „In der Wirtschaft setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass die Vielfalt der zugewanderten Menschen klare ökonomische Vorteile bringt. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, die hilft, den Wohlstand in unserem Land zu sichern.“

Die Charta-Unterzeichner verpflichten sich, die Vielfalt ihrer Belegschaft, Kundschaft und Geschäftspartner anzuerkennen, wertzuschätzen und zu fördern – unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Religion, Nationalität, ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung und Identität. Beim Kongress „Vielfalt als Chance“ im Dezember 2008 in Frankfurt am Main hat Staatsministerin Böhmer die Jahresbilanz der Charta der Vielfalt vorgestellt, die auf der Befragung von

155 Unterzeichnern basiert. Demnach haben 87 Prozent der befragten Unterzeichner festgestellt, dass aktives Diversity Management Innovation und Kreativität steigert und damit erheblichen Einfluss auf den wirtschaftlichen Erfolg hat.

Im Vergleich zu anderen Ländern, vor allem Nordamerika, steckt Diversity Management in Deutschland allerdings noch in den Kinderschuhen. Doch die Verbreitung dieses Themas ist in den vergangenen Jahren rasant gestiegen. Etwa die Hälfte der Teilnehmer an der Charta-Jahresbilanz hat dieses Managementkonzept seit vier bis fünf Jahren eingeführt. Dabei waren größere Unternehmen schneller als kleinere und die Privatwirtschaft insgesamt schneller als der öffentliche Dienst.

Erster Familienreport: Mehr Frauen sagen Ja zum Kind

♦ Die Geburtenrate in Deutschland hat bei den 30 bis 40 Jahre alten Frauen zugenommen. Das geht aus dem Familienreport hervor, den Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) am 16. Februar in Berlin vorgestellt hat. Sie sieht damit die Politik der Bundesregierung für Familien bestätigt. Es sei der „neuen Politik“, die Zeit, Geld und Infrastruktur zu einem Mix zusammenführe, zu verdanken, dass sich mehr Frauen zwischen 30 und 40 Jahren für Kinder entscheiden, sekundierte Prof. Hans Bertram von der Humboldt-Universität Berlin, der die Arbeit des Ende 2006 vom Familienministerium eingerichteten Kompetenzzentrums für familienpolitische Leistungen begleitet. Es sei „eine Annäherung an die nordischen Länder zu beobachten, wo sich der Trend zu mehr Kindern bei Frauen über Dreißig bereits vor über 20 Jahren abzeichnete“, betonte er. In Deutschland setzte der Aufwärtstrend bei den Geburten-

zahlen laut Familienreport vor zwei Jahren ein. So wurden 2007 zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder mehr Kinder geboren als im Vorjahr, 2008 setzte sich dieser Trend fort.

„Angesichts der wirtschaftlichen Krise sind viele Menschen verunsichert“, so die Bundesfamilienministerin. Der Familienreport zeige aber: „Gerade jetzt wirkt die Unterstützung von Familien und die Förderung von Familienfreundlichkeit stabilisierend. Der Ausbau der Kinderbetreuung und verbesserte Familienleistungen sind Voraussetzungen für weiteres Wachstum und Stabilität in Deutschland.“ Mit dem Familienreport, der künftig jährlich erscheinen soll, liege erstmals eine umfassende Darstellung von Daten und Trends rund um Familien und Familienpolitik in Deutschland vor, heißt es aus dem Ministerium. Nicht nur Familien, sondern alle Bürgerinnen und Bürger profitierten von der nachhaltigen Familienpolitik. So

könnten familienfreundliche Maßnahmen das Wirtschaftswachstum anheben, die allgemeine Kaufkraft stärken und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Viel werde schon getan, Alleinerziehende müssten jedoch mehr unterstützt werden, geht aus einer Befragung des Allensbach-Instituts hervor. Zwar sei der Anteil der Alleinerziehenden leicht rückläufig, insgesamt sei jede fünfte Familie allein erziehend. Doch 40 Prozent beziehen SGB II, das sind rund 660.000 Personen mit rund einer Million Kindern. Deshalb hat das Familienministerium das Projekt „Vereinbarkeit für Alleinerziehende“ gestartet, bei dem es eng mit der Bundesagentur für Arbeit sowie dem Bundesarbeitsministerium zusammenarbeitet.

Mehr Informationen sind unter www.bmfsfj.de im Internet zu finden.

Premiere für Helene Weber Preis

♦ 2009 ist das Jahr des Grundgesetzes: Die Bundesrepublik begeht den 60. Jahrestag und damit auch die verfassungsrechtliche Verankerung des Gleichberechtigungssatzes in Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes vor 60 Jahren. Aus Anlass dieses Jubiläums vergibt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstmals den Helene Weber Preis als Auszeichnung für hervorragende Leistungen von Frauen in der Kommunalpolitik. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

„Viele Frauen wollen sich politisch engagieren. Aber noch sind sie – vor allem in der Kommunalpolitik – weit davon entfernt, zahlenmäßig mit den Männern gleichzuziehen“, erklärt dazu Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU). „Auf Bundesebene steht Deutschland mit einer Bundeskanzlerin und sechs Ministerinnen auch im europäischen Vergleich gut da. In der Kommunalpolitik ist dagegen nur ein Viertel aller Mandate mit Frauen besetzt, in Führungspositionen haben sie Seltenheitswert. Mit dem Helene Weber Preis wollen wir das starke

Engagement dieser Frauen sichtbar machen und würdigen. Außerdem soll der Preis noch mehr Frauen dazu bewegen, aktiv zu werden und sich stärker in die Politik einzumischen“, begründet sie den Ansatz. Der Preis wird im Mai 2009 verliehen.

Die CDU-Politikerin Helene Weber (1881-1962) war eine der vier Mütter des Grundgesetzes (neben 61 Männern des Parlamentarischen Rats) und gehörte bereits zu den ersten Frauen, die nach der Einführung des Frauenwahlrechts 1919 in die verfassungsgebende Nationalversammlung einzogen. Die anderen drei Mütter des Grundgesetzes: Elisabeth Selbert und Frieda Nadig (SPD) setzten gegen heftigen Widerstand die Aufnahme des Grundsatzes „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ ins Grundgesetz durch. Helene Wessel war seit 1949 Vorsitzende der Zentrumsparterie und damit die erste Frau an der Spitze einer Partei in Deutschland sowie die erste weibliche Fraktionsvorsitzende.

Informationen sind unter www.helene-weber-preis.de zu finden.

Initiative Bürger- und Gemeinschaftsstiftungen Ost

♦ Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat bereits Ende 2008 die Initiative Bürger- und Gemeinschaftsstiftungen Ost gegründet. Ziel ist es, den Stiftungsboom noch stärker als bisher auch auf die ostdeutschen Bundesländer zu übertragen. Die Initiative bietet in erster Linie Beratung zu Themen wie Satzungsgestaltung, Fundraising sowie Öffentlichkeits- und Projektarbeit. Darüber hinaus vermitteln die beiden Büros in Dresden und Berlin regionale Ansprechpartner und vernetzen Gründungsinitiativen mit bestehenden Bürger- und Gemeinschaftsstiftungen in der Region. Das neue Projekt ist eingebunden in die Initiative Bürgerstiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, Kooperationspartner ist die Bürgerstiftung Dresden. Das BMFSFJ fördert das Projekt im Rahmen der Initiative ZivilEngagement.

Infos sind im Internet unter www.gemeinschaftsstiftungen-ost.de abzurufen.

Girls' Day 2009

♦ Der Girls' Day findet 2009 im Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation bereits zum neunten Mal statt. Etwa 800.000 Mädchen haben bisher teilgenommen, zehn Prozent der beteiligten Unternehmen haben inzwischen ehemalige Girls' Day-Teilnehmerinnen eingestellt. Erfreulich entwickeln sich auch die Zahlen der Studienanfängerinnen in technischen Fächern: In der Informatik stieg der Frauenanteil um 13 Prozent, im Studienbereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik um 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dies zeigt, dass der Girls' Day als ein wichtiger Baustein für die Berufs- und Studienorientierung junger Frauen erfolgreich ist und dazu beiträgt, wertvolle weibliche Kompetenz für die Zukunft von Unternehmen und Organisationen zu sichern. In diesem Jahr öffnen Unternehmen, Hochschulen, Forschungszentren und sonstige Einrichtungen ihre Pforten am 23. April für Mädchen ab Klasse 5.

Interessierte Unternehmen können ihr Angebot unter www.girls-day.de bekannt machen. Unter dieser Web-Adresse finden auch Mädchen alle Infos rund um ihren Zukunftstag.

Neuaufgabe der KOK-Broschüre

♦ Der KOK e.V. hat in Kooperation mit dem Deutschen Parlamentarischen Forum für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte die Neuaufgabe der 2001 erstmals erschienenen Broschüre „Frauenhandeln in Deutschland“ in Berlin präsentiert. Die Broschüre wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert und gibt einen fundierten Überblick über das Problem Frauenhandel in seiner Komplexität. Die Autorinnen verfügen über langjährige praktische Erfahrungen zum Thema. Beleuchtet werden sowohl die rechtlichen Rahmenbedingungen der Bekämpfung der verschiedenen Formen des Frauenhandels als auch die Erfahrungen aus der Praxis.

Informationen und Bezug über www.kok-buero.de im Internet.

Förderung von Existenzgründerinnen

♦ Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat mit seinen neuen Richtlinien für die Beratungsförderung einen neuen Rahmen geschaffen, der speziell Unternehmerinnen und freiberuflich tätigen Frauen zugute kommen soll. Sie können nun für Beratungen zur Unternehmensführung sowie zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie Zuschüsse beantragen. Pro Beratung können maximal 1.500 Euro erstattet werden, wobei Unternehmensinhaberinnen und Freiberuflerinnen diese Förderung in unbegrenzter Anzahl in Anspruch nehmen können. Voraussetzung ist lediglich, dass das Unternehmen oder die freiberufliche Tätigkeit seit mindestens einem Jahr am Markt besteht und die Kriterien der Europäischen Union für kleine und mittlere Unternehmen sowie die weiteren Anforderungen der Richtlinie erfüllt. Die Förderprogramme werden vom Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert.

„Die bundesweite Gründerinnenagentur begrüßt diesen Schritt sehr, da die Entwicklungen der letzten Jahre deutlich belegen, in welchem hohem Maße die deutsche Wirtschaft von Fördermöglichkeiten wie diesen profitiert“, heißt es in einer entsprechenden Erklärung. So sei die Frauenquote bei den Existenzgründungen dank einer stärker fokussierten genderspezifischen Gründungsförderung in den vergangenen Jahren laut KfW-Gründungsmonitor 2008 auf 39,6 Prozent gestiegen. Auch der Mikrozensus zeige eine stetige Kurve nach oben. „Das Engagement der Politik und der in der Gründungsberatung und -förderung Tätigen hat zu einer deutlichen Verbesserung des Gründungsklimas in Deutschland geführt. Erfolge wie diese sollten jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass Deutschland, um den Anschluss an die Gründungsspitzenreiter zu finden, weitere Anstrengungen unternehmen und vor allem die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen durch Frauen noch stärker optimieren sollte“, betonen die Expertinnen der Gründerinnenagentur. „Die nun durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle erweiterten Fördermöglich-

keiten für Frauen, qualifizierte Beratungsdienstleistungen in Anspruch zu nehmen, dürften diesen positiven Trend weiter unterstützen“, so Projektleiterin Iris Kronenbitter.

Die bundesweite Gründerinnenagentur (bga) ist seit 2004 als einziges deutschlandweites Kompetenz- und Servicezentrum zur unternehmerischen Selbstständigkeit von Frauen über alle Branchen und Phasen der Existenzgründung hinweg tätig. Sie unterhält Regionalrepräsentanzen in allen 16 Bundesländern und ein Online-Portal, auf dem sich Gründerinnen und Unternehmerinnen aus rund 1.500 aktuellen Profilen von Expertinnen und Experten sowie Einrichtungen ihr individuelles Beratungsportfolio zusammenstellen können.

Zuschüsse für Seminare

Auch die Veranstalterinnen und Veranstalter von Seminaren und Workshops, die sich an Unternehmerinnen und Unternehmer mit kleinen und mittleren Betrieben sowie an Existenzgründerinnen und -gründer richten, profitieren von der erweiterten Förderung. Künftig kann das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle Kostendeckungslücken bezuschussen mit einem maximalen Betrag in Höhe von 1.200 Euro pro Veranstaltung. Workshops für die Erstellung von Businessplänen können mit 300 Euro pro Teilnehmerin gefördert werden. „Die Einbeziehung von Veranstaltungsanbietern in die BAFA-Förderung wird sicherlich dazu beitragen, dass sich weitere Beratungsangebote für Gründerinnen und Unternehmerinnen am Markt etablieren“, so bga-Projektleiterin Iris Kronenbitter.

Weitere Infos sind unter www.gruenderinnenagentur.de, und www.bafa.de im Internet zu finden sowie telefonisch beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) unter 06196/908-570 zu erfragen.

Afrika: Hohe Todesrate bei Schwangerschaft

♦ Das Risiko, an den Folgen von Schwangerschaft und Geburt zu sterben, ist nach dem neuen UNICEF-Bericht „Zur Situation der Kinder in der Welt 2009“ in Afrika oder Asien 300mal höher als in den wohlhabenden westlichen Ländern. Weltweit sterben laut des Berichts jährlich rund 530.000 Frauen an Komplikationen während Schwangerschaft oder Geburt, der Anteil von jungen Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren liegt bei 70.000. Am höchsten sei das Risiko für Frauen in Afrika (265.000 Todesfälle) und in Südasien (187.000 Todesfälle).

Als häufigste Todesursachen nennt UNICEF Blutungen, Infektionen, Vergiftungen, Geburtskomplikationen und die Folgen unsachgemäßer Abtreibungen. Bluthochdruck, Eisenmangel, HIV-Infektionen, zu frühe oder zu kurz aufeinander folgende Schwangerschaften und Überarbeitung erhöhen das Risiko der Müttersterblichkeit.

Der UNICEF-Jahresbericht fordert die Regierungen dazu auf, mehr Mittel zu

investieren, um die Gesundheitssysteme für die ärmsten Familien in den Entwicklungsländern zu stärken. Besonders wichtig sei es, die Ausbildung von Hebammen, Ärztinnen und medizinischem Personal auszuweiten und Anreize dafür zu schaffen, dass sie auch in ländlichen Regionen praktizieren. Ferner müssten die Regierungen Kinderheiraten sowie Diskriminierung und Gewalt gegen Mädchen und Frauen nachhaltig bekämpfen und die Rechte von Mädchen und Frauen verbessern. Dazu gehöre auch die Vermittlung von Wissen und Selbstbewusstsein, um in Fragen der Partnerschaft, Sexualität, Gesundheit und Familienplanung mitbestimmen zu können. Gerade die Mädchenbildung sei entscheidend, um die Gesundheit von Müttern und Neugeborenen zu verbessern. Bislang führten frühe Heirat und Schwangerschaft sowie sexuelle Gewalt und HIV-Infektionen aber häufig dazu, dass junge Frauen die Schule verlassen.

Der Bericht ist (auf Englisch) unter www.unicef.de zu finden.

EU-Jahr der Kreativität und Innovation

♦ Das Jahr 2009 ist das Europäische Jahr der Kreativität und Innovation. Damit soll die herausragende Bedeutung geistigen Schaffens für die Zukunftsfähigkeit Europas deutlich werden, am 7. Januar wurde das Jahr mit einer offiziellen Auftaktveranstaltung in Prag eröffnet. „Kreativität und Innovation sind wichtige Grundlagen, um die Chancen unserer globalisierten Welt nutzen zu können. Beide Aspekte sind eng verknüpft, denn Kreativität bietet die Grundlage für die erfolgreiche Umsetzung innovativer Ideen“, betont Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU). Kreativität habe vielfältige Facetten – von Kunst über Wissenschaft bis hin zur unternehmerischen Kreativität. „Bildung nimmt eine Schlüsselrolle bei der Innovationsleistung und Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft ein. Durch Bildung kann jeder Einzelne in jedem Lebensabschnitt seine Kreativität erheblich steigern“, so die Bildungsministerin.

Ziel des Europäischen Jahrs 2009 ist es, Kreativität als Motor für Innovation und als entscheidenden Faktor für die Entwicklung von persönlichen, beruflichen, sozialen und unternehmerischen Kompetenzen herauszustellen. Deutschland unterstützt die Initiative der Europäischen Union, Kreativität und Innovation zu fördern: So finden sich auf der Website www.ejki2009.de ein Veranstaltungskalender und Informationen über Projekte und Aktionen. Das Europäische Jahr setzt zudem einen wichtigen Impuls im Wissenschaftsjahr 2009 „Forschungsexpedition Deutschland“. Die Umsetzung des Europäischen Jahrs 2009 in Deutschland wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung koordiniert – unterstützt von der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung.

Internet-Infos: www.ejki2009.de, create2009.europa.eu und www.forschungsexpedition.de

UNIFEM-Preis 2009

♦ Das Deutsche Komitee für UNIFEM hat jetzt seinen mit 10.000 Euro dotierten Preis für laufende Projekte und Programme für Frauen und Frauengruppen in sich entwickelnden Ländern ausgeschrieben. Er wird an Projekte verliehen, die der „Stärkung der Rechte der Frau“ dienen. Nichtregierungsorganisationen, aber auch kirchliche und bürgerschaftliche Gruppen, die von Deutschland aus solche Projekte in den Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas außerhalb der EU unterstützen, sind aufgefordert, den Preis für ihre Partnerinnen zu beantragen.

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, Bärbel Dieckmann (SPD) unterstützt den UNIFEM-Preis zum neunten Mal als Schirmherrin. „Bonn ist Sitz von 18 Einrichtungen der Vereinten Nationen und entwickelt sich mehr und mehr zu einer Plattform für den internationalen Dialog. Deshalb arbeitet die Stadt Bonn intensiv mit internationalen Organisationen zusammen und regt Projekte an“, betont sie. Bewerben können sich Programme und Projekte die unter anderem Mitarbeitende in staatlichen und nicht-staatlichen sozialen Einrichtungen für die Situation von Frauen sensibilisieren, die als Rechtsbeistand fungieren, sich für Rechtsreformen zum Beispiel im Land-, Besitzstands-, Familien- und Erbrecht engagieren, die Bildung von Frauennetzwerken, aber auch Frauenhäuser und anderen Strukturen zur Unterstützung von Frauen fördern.

Einreichungsfrist ist der 15. Juni 2009. Die Entscheidung über die Siegerprojekte wird bis Ende Juni von einer unabhängigen Jury getroffen. Die feierliche Preisverleihung findet dann am 25. November 2009, dem Gedenktag „Nein zur Gewalt an Frauen“, in Bonn statt. Der United Nations Development Fund for Women (UNIFEM) ist der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau und versteht sich als Anwalt und Lobby für Frauenrechte mit dem Ziel, die gleichberechtigte Teilhabe zu fördern.

Informationen sind unter 0228/28 97 07 17, Email: info@unifem.de, Internet: www.unifem.de erhältlich.

Genderspezifische Hinweise bei Medikamenten?

Ärztinnenbund fordert Informationspflicht im Beipackzettel

♦ Der Deutsche Ärztinnenbund hat im Januar eine Informationspflicht zu den Unterschieden der Arzneimitteltherapie bei Frauen und Männern gefordert: „Ärztinnen und Ärzte, Patientinnen und Patienten müssen zum Beispiel in der Packungsbeilage und in den Fachinformationen darüber informiert werden, ob und mit welchem Ergebnis eine nach Geschlecht differenzierende Untersuchung stattgefunden hat oder nicht“, heißt es in einer Stellungnahme für das Bundesgesundheitsministerium.

Unerwünschte Nebenwirkung

Frauen und Männer können unterschiedlich auf Arzneimittel reagieren. Allerdings wurden die Wirkungen bisher überwiegend an Männern erforscht und die Ergebnisse dann einfach auf Frauen übertragen. So halten zum Beispiel die Wirkungen von bestimmten Schmerzmitteln bei Frauen länger an, die Dosierung kann nie-

driger oder höher sein. Weil dies oft nicht bekannt ist, sind Frauen häufiger von unerwünschten Nebenwirkungen betroffen als Männer. Seit vielen Jahren fordert der Ärztinnenbund deshalb geschlechtsdifferenzierte pharmakologische Forschung und Therapie. Inzwischen müssen Frauen bei klinischen Arzneimittelprüfungen angemessen berücksichtigt werden. In der Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes und anderer Vorschriften (15. AMG-Novelle) empfehlen die Ärztinnen nun, den Gesetzesentwurf um die Informationspflicht zu den Unterschieden der Arzneimitteltherapie zu ergänzen.

„Arzneimittel dürfen nur zugelassen werden, wenn Arzneimittelhersteller verpflichtet werden, bei den beschriebenen Wirkungen, Dosierungen, Anwendungsgebieten, Nebenwirkungen und Wechselwirkungen eines Arzneimittels entweder darüber zu informie-

ren, dass Unterschiede zwischen Frauen und Männern nicht festgestellt wurden oder anzugeben, dass nicht bekannt ist, ob Unterschiede bestehen oder aber die jeweils bekannten Unterschiede klar benennen“, betont die Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes, Dr. Astrid Bühnen.

Gendergerechte Sprache

Eine weitere Empfehlung betrifft die geschlechtergerechte Sprache: Der Berufsverband mahnt erneut die Verwendung geschlechtergerechter Formulierungen entsprechend dem Bundesgleichstellungsgesetz für Gesetzesvorlagen an. „Das vorliegende Gesetz spricht zwar von Bürgerinnen und Bürgern – Ärzte, Psychotherapeuten, Heilpraktiker, Verbraucher, Patienten, Versicherte, Probanden, Prüfer und Leiter werden jedoch ausschließlich in der männlichen Form genannt“, erläutert Vizepräsidentin Dr. Regine Rapp-Engels.

DOSB: Jahr der Frau im Sport 2009

♦ Unter dem Motto „FRAUEN GEWINNEN“ hat der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) das Jahr 2009 zum Jahr der Frauen im Sport erklärt und will mehr Frauen zum Sport und in die Spitzengremien der Verbände und Vereine bringen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern sehe der DOSB als zentrale Aufgabe, heißt es. „Wir wollen mit unseren Aktionen möglichst viele Frauen und Mädchen für den Sport begeistern und wir müssen unsere Führungspositionen stärker für Frauen öffnen“, erklärte DOSB-Präsident Thomas beim Neujahrsempfang. Bei dieser Gelegenheit stellte er auch den Wettbewerb „Frauen an die Spitze“ vor. Dabei können sich Verbände mit ihren Projekten bewerben, die sich in besonderer Weise um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Gremien bemühen. Zu „FRAUEN GEWINNEN!“ gehören neben dem Verbandsbewerb mehrere weitere Bausteine wie unter anderem der Internetauftritt. Unter

www.frauen-gewinnen.de können sich Interessierte aktuell über alle Aktivitäten, starke Frauen und erfolgreiche Projekte aus den Verbänden und Vereinen informieren. Die DOSB-Mitgliedsverbände können „Internet-Patenschaften“ übernehmen und eigene Projekte und Aktionen bundesweit zur Diskussion zu stellen.

FrauenSportWochen 2009

Weiteres Element sind die FrauenSportWochen 2009 von Mitte Mai bis September. Sportvereine sind bundesweit aufgerufen, eigene Aktionen und Projekte zu diesem Thema durchzuführen. Die Angebote sollen gezielt Frauen ansprechen, die noch nie oder schon lange keinen Sport mehr betrieben haben. Informationen dazu sind auch auf der Website www.diepraevention.de zu finden. Für Frauen, die eine Führungsposition im Sport anstreben oder kürzlich übernommen haben, wird ein Führungstalente-Camp angeboten. Dort können sie Aspekte der Kommunikations-

und Verhandlungskompetenz, Rhetorik und Konfliktmanagement kennenlernen. Ein Führungsteam erfolgreicher Frauen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Sport begleitet und unterstützt die Teilnehmerinnen. Ein Baustein im Jahr der Frau im Sport ist ferner die Aktion „Gewalt gegen Frauen nicht bei uns“, die zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen zum 25. November 2009 gemeinsam mit Kampfsportverbänden und weiteren Kooperationspartnerinnen durchgeführt wird. Neben Angeboten zu Selbstbehauptung und Selbstverteidigung wollen die Kampfsportvereine mit vielfältigen Aktionen das Netzwerk gegen Gewalt an Frauen ausbauen und stärken. Last but not least wird die DOSB-Mitgliederversammlung im Dezember 2009 ganz im Zeichen des Schwerpunktjahres stehen. Dann sollen eine Zwischenbilanz gezogen und die erfolgreichen Verbandsprojekte des Wettbewerbs „Frauen an die Spitze“ ausgezeichnet werden.

Zonta Club: Benefizkonzert

♦ Frédéric Chopins Leben in Frankreich steht im Mittelpunkt eines musikalisch-literarischen Abends am 23. April 2009. Unter dem Titel „Frédéric Chopin - Ein neues Gesicht in Paris“ liest Schauspieler Katrin Weisser aus zeitgenössischen Briefen und Texten. Einfühlsam arbeitet sie dabei den Konflikt heraus, den der aus Polen stammende Komponist (1810-1849) im selbstgewählten Exil in Paris als Fremder durchlebt. Im Dialog mit den Texten lässt die bosnische Konzertpianistin Aida Sikira mit einem vielgestaltigen Programm aus

dem Opus des Komponisten diese Empfindungen musikalisch spürbar werden.

Zu dem Benefizkonzert mit anschließendem Empfang lädt der Zonta Club Berlin um 19 Uhr in die St. Matthäus-Kirche im Kulturforum, Matthäikirchplatz, 10785 Berlin-Tiergarten, ein. Der Spendenerlös geht an das Projekt „Malteser Migranten Medizin“. Karten zum Preis von 20 Euro sind ab 18 Uhr an der Abendkasse erhältlich. Reservierungen sind unter 897 26 165 und konzert@zonta-berlin.de möglich.

Al-Dar mit Silberjubiläum

♦ Der Verein Al-Dar, seit Jahresbeginn Mitglied im LFR Berlin, feiert in diesem Jahr sein 25-jähriges Bestehen. „Wir zelebrieren dieses tolle Vierteljahrhundert voller wunderbarer Ereignisse und spannender Entwicklungen in mehreren Veranstaltungen, verteilt über das ganze Jahr“, macht der Verein neugierig. Den Auftakt bildete ein Konzert mit arabischer Musik Ende Februar in der „Werkstatt der Kulturen“. Zu den weiteren Veranstaltungen im Jubiläumsjahr gehören

Ende April ein Filmabend mit drei Dokumentarfilmen über Migrantinnen und Migranten arabischer Herkunft – jeweils auf arabisch und deutsch –, Ende Juni die Eröffnung einer Ausstellung mit Fotos und Malerei von verschiedenen arabischen Künstlerinnen sowie im September ein Vortrag über das Bild der Araber in der deutschen Gesellschaft und Kultur und im Oktober das große Abschlussfest mit Musik.

Internet-Infos: www.al-dar.de

Vorstandswahl beim djb

♦ Dr. Jutta Glock ist die alte und neue Vorsitzende des Deutschen Juristinnenbundes (djb) Berlin. Die Mitgliederversammlung hat die Rechtsanwältin im Dezember in ihrem Amt bestätigt. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde Susanne Gerlach, zur Schatzmeisterin Natascha Wesel und zur Schriftführerin Dr. Diana Bartoszyk gewählt. Der Vorstand wird durch den Beirat komplettiert, dem Christiane Abel, Dr. Esther Hartwich, Maren Kästel, Susann Lange, Katrin Otto und Jutta Wagner angehören.

„Wir freuen uns ganz besonders über die zukünftige Mitarbeit von Christiane Abel, die als Richterin am Kammergericht und derzeit abgeordnet zur Senatsverwaltung für Justiz, und von Maren Kästel als Referendarin insbesondere für die Vertretung unserer jungen Juristinnen eine große Bereicherung darstellen“, betont die wiedergewählte Vorsitzende, die gleichzeitig der scheidenden Schriftführerin Vivien Weidauer sowie Juliane von Friesen, die aus dem djb-Beirat ausschied, für deren Arbeit dankte.

Aktuelle Termine Tipps und Veranstaltungen

www.lfr-berlin.de

Eine gescheite Frau hat Millionen geborener Feinde - alle dummen Männer.

Marie von
Ebner-Eschenbach

Aus „Ausschuss“ wird „Frauenrat“

♦ Seit dem 1. Januar 2009 hat der Bayerische Landesfrauenausschuss einen neuen Namen – Landesfrauenrat. Die Umbenennung ist Ergebnis eines einstimmigen Beschlusses der letzten Vollversammlung der bayerischen Frauenorganisationen. „Nicht zuletzt soll so mehr Geschlossenheit mit den Landesfrauenräten der anderen Bundesländer herbeigeführt werden“, betonen die Aktiven. „Unser Ziel für das Jahr 2009 und darüber hinaus ist es, unter neuem Namen die Belange der Frauen in Bayern mit unvermindertem Engagement zu unterstützen.“ Dazu hat sich der Landesfrauenrat das Jahresthema: „Frauen an die Spitze“ gewählt. „Gezielt wollen wir uns in den Vollversammlungen, den Fachausschüssen und bei unserem Fachgespräch mit der Frage auseinandersetzen, wie bayern- und bundesweit mehr Frauen in Führungspositionen gelingen können“, heißt es.

Landesarmutskonferenz in Brandenburg

♦ Am 30. Januar hat sich offiziell die Landesarmutskonferenz in Potsdam gegründet. Bei der Gründungsveranstaltung wurde der fünfköpfige Sprecherrat gewählt, der künftig die Interessen der rund 30 Gründungsmitglieder vertritt – dazu gehört auch der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg. Sie spiegeln ein breites gesellschaftliches Spektrum an Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen wider und haben sich zur Aufgabe gemacht, das Thema „Armut“ in der Öffentlichkeit präsent zu machen sowie mit eigenen Forderungen in die sozialpolitische Debatte einzuschalten.

Der LandesFrauenRat Berlin feiert „30 Jahre LFR - Frauen bewegen Berlin“

*Als Dachverband der Berliner Frauenorganisationen
vertreten wir die Interessen aller Berlinerinnen.
Wir haben Berliner Frauengeschichte geschrieben und
gleichstellungspolitische Meilensteine gesetzt.*

*Wir wollen die Verdienste der
LFR-Aktiven einst und heute würdigen
und unseren Partnerinnen und Partner
in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Dank sagen.*

Mit Ihrer Hilfe?!?
*Zur Finanzierung unseres Jubiläumsprogramms
sind wir auf Ihre Spende angewiesen.*

Das können Sie tun!

Einmalig einen Spendenbetrag überweisen. Unser Konto:
Landesfrauenrat Berlin e.V.
Kontonummer 600 487 00 16
Pax Bank eG - BLZ 370 601 93
Verwendung: Jubiläum 2009

Den LFR Berlin 2009 regelmäßig mit einer Spende unterstützen.
Wenden Sie sich dazu bitte an unsere Geschäftsstelle.

Alle Spenderinnen und Spender von 20 Euro und mehr werden in „Wir
Berlinerinnen“ veröffentlicht (soweit sie dem nicht widersprechen).

Dauerspender erhalten regelmäßig Informationen über die
LFR-Aktivitäten und sind Ehrengäste bei der
Abschlussveranstaltung des LFR-Jubiläumsjahres.

Der LFR Berlin ist als gemeinnützig anerkannt und Spenden von der Steuer absetzbar.

Kontakt: LFR Berlin
Sigmaringer Straße 1 - 10713 Berlin
Telefon: 030/785 70 10
Email: lfr-berlin@t-online.de
Internet: www.lfr-berlin.de

30 Jahre  **LandesFrauenRat** Berlin e.V.